

INHALT

Editorial	4		
Zentrale Aussagen	5		
Einleitung	6		
Geopolitik und geoökonomische Kriegsführung:		Liberele Antworten	37
Russlands Krieg gegen die Ukraine	8	Szenarien und Ausblick	41
Der Hintergrund	8	Szenarien	41
Russlands hybride Kriegsführung: Nahrung, Energie und Migration als Waffen	10	Westliche Militärhilfe für die Ukraine	41
Hybride Kriegsführung	12	Westliche Sanktionen	42
Die Instrumentalisierung von Nahrungs- mittelrohstoffen als hybride Kriegsmittel	15	Internationale Isolation	42
Die Instrumentalisierung von Energierohstoffen	20	Szenario 1: Ukrainischer Erfolg durch das Zusammenspiel von westlichen Sanktionen, umfassender Unterstützung und internationaler Isolation	43
Nukleare Erpressung	23	Szenario 2: Russischer Erfolg im Donbas durch verzögerte westliche Hilfe aufgrund des mangelnden politischen Willens in Europa	44
Die Instrumentalisierung von Migrationsdruck	24	Szenario 3: Eingefrorener Konflikt durch unentschlossene politische Entscheidungsträger:innen in Europa	46
 		Ausblick	49
Auswirkung auf die europäische Sicherheitsordnung	31	Schlussfolgerungen für die österreichische Sicherheit	52
1. Ein umfassender Krieg gegen die Ukraine	31		
2. Untergrabung der europäischen Sicherheits- ordnung	32		
3. Kalter Krieg 2.0 zwischen den USA und dem Drachenbär (Russland und China)	32		
		Endnoten	56

EDITORIAL

Lieber Leser, liebe Leserin,

Russlands Krieg gegen die Ukraine zeigt die Notwendigkeit einer entschlossenen europäischen Reaktion. Moskaus hybride Kriegführung – von Desinformation und Cyberangriffen über Energieerpressung bis hin zur Instrumentalisierung von Migration – bedroht unsere liberale Wertordnung. Europa muss geschlossen und entschlossen handeln: Wir brauchen Sanktionen, Unterstützung für die Ukraine und eine Diversifizierung unserer Energiequellen.

Velina Tchakarova, Geopolitik-Expertin und Gründerin des Consulting-Unternehmens FACE (For A Concious Experience), legt in diesem Policy Brief eindringlich dar, warum Österreich seine Neutralität überdenken und eine aktive Rolle in der europäischen Sicherheitsarchitektur übernehmen muss. Nur durch gemeinsame Anstrengungen können wir Freiheit, Demokratie und Stabilität in Europa sichern. Die Zukunft unserer liberalen Gesellschaft hängt davon ab, dass wir den Krieg Putins gegen die Ukraine – und seinen hybriden Krieg gegen ganz Europa – ernst nehmen. Denn ohne Sicherheit keine Freiheit.

Eine erkenntnisreiche Lektüre wünscht

Lukas Sustala

Leiter Thinktank NEOS Lab

ZENTRALE AUSSAGEN

- **Russlands Strategie geht über militärische Aktionen hinaus. Russland setzt auf hybride Kriegführung, dazu gehören:**
 - **Desinformation**
 - **die Kontrolle über Nahrungs- und Energieressourcen**
 - **nukleare Erpressung**
 - **die Instrumentalisierung von Migrationsströmen**
- **In Europa droht eine Spaltung bzw. Bifurkation aufgrund divergierender Interessen und Ziele.**
- **Es gibt drei mögliche Szenarien für den Ausgang des Kriegs:**
 - **Ukrainischer Erfolg durch das Zusammenspiel von westlichen Sanktionen**
 - **Russischer Erfolg im Donbas durch verzögerte westliche Hilfe aufgrund mangelnden politischen Willens in Europa**
 - **Eingefrorener Konflikt durch unentschlossene politische Entscheidungsträger:innen in Europa**
- **Zur Bewältigung der von Russland ausgehenden Bedrohungen braucht es einen koordinierten und strategisch durchdachten Ansatz.**
- **Österreich braucht dringend eine neue Sicherheitsstrategie und muss die Neutralität überdenken.**

EINLEITUNG

Die geopolitischen und geoökonomischen Strategien Russlands im Krieg gegen die Ukraine rücken zunehmend in den Fokus der internationalen Aufmerksamkeit. Ihre wachsende Bedrohung für das europäische Wirtschaftsgefüge, die Fundamente liberaler Politik in Europa und die gesamte Sicherheitsarchitektur der Region gewinnt an Brisanz. In Reaktion darauf haben EU-Mitgliedstaaten und -Institutionen eine überwiegend abgestimmte, jedoch bisweilen widersprüchliche Sicherheitspolitik verfolgt. Ein wesentlicher Faktor für diese Entwicklung ist die Diskrepanz bei den geopolitischen Interessen und Bestrebungen, die eine potenzielle Bifurkation, d.h. eine Spaltung, innerhalb Europas, aber auch des globalen Systems, begünstigen könnte.¹ Ein strategischer Konsens über das endgültige geopolitische Ziel, das die Ukraine in diesem Krieg verfolgen soll, fehlt nach wie vor.

Gemäß ihrer eigenen Definition zielt die Ukraine auf die Wiederherstellung ihrer international anerkannten Grenzen von 1991 ab. Auf der anderen Seite beharrt Russland auf seinen ursprünglich deklarierten Zielen „Entnazifizierung und Demilitarisierung“² der Ukraine sowie auf der internationalen Anerkennung der Krim als Teil Russlands und der Eingliederung der vier ukrainischen Oblaste in die Russische Föderation. Diese Divergenz unterstreicht auch die Notwendigkeit einer reflektierten und einheitlichen europäischen Antwort auf die Herausforderungen, um die Kohäsion und Sicherheit des alten Kontinents zu wahren.

Angesichts der angespannten Lage zwischen Russland und der Ukraine, die weiterhin das geopolitische Gefüge Europas prägt, zeichnen sich die potenziellen weitreichenden Auswirkungen als bedrohliche Wolken am Horizont ab:³ 1) eine direkte militärische Invasion in der Ukraine, 2) eine nichtkinetische Kriegsführung, die darauf abzielt, westliche Werte, Prinzipien und Standards zu untergraben⁴ sowie 3) eine geoökonomische Offensive, die die gezielte Instrumentalisierung von Rohstoffen als Druckmittel gegen das europäische Wirtschaftssystem⁵ umfasst.⁶ Diese kombinierte Vorgehensweise unterstreicht die komplexe Natur des russischen Ansatzes, die er für die Aufrechterhaltung der europäischen Sicherheit und Ordnung darstellt, indem Russland sowohl direkte als auch subtile Formen der Einflussnahme nutzt, um die Stabilität und Einheit des Westens zu schwächen. Die schleichende Erosion westlicher Werte, Normen und Standards, sowohl in sichtbarer als auch in unsichtbarer Form, stellt eine akute Bedrohung für das innere Sicher-

heitsgefüge der Europäischen Union im Europawahljahr dar. Indem die fundamentalen Prinzipien, auf denen die Union fußt, sukzessive untergraben werden, könnte dieser Kriegsaspekt die Integrität der Union schrittweise von innen heraus aushöhlen.

Parallel dazu birgt die geoökonomische Kriegsführung⁷ eine wesentliche Bedrohung für die äußere Sicherheit der EU und positioniert Europa in einer prekären Lage angesichts der volatilen Dynamiken einer immer komplexer werdenden globalen Situation. Angesichts der Tatsache, dass dieser zehrende Krieg bereits in sein drittes Jahr gegangen ist und keine realistische Aussicht auf ein Ende vor 2025/2026 hat, ist es von größter Bedeutung, die Komplexität der geopolitischen und geoökonomischen Strategie Russlands eingehend zu analysieren. Dies umfasst die Evaluierung der Auswirkungen auf die europäische Sicherheit, die Entwicklung fundierter liberaler Antworten und das Aufzeigen einer weit-sichtigen Perspektive für die Zukunft Europas.



GEOPOLITIK UND GEOÖKONOMISCHE KRIEGSFÜHRUNG: RUSSLANDS KRIEG GEGEN DIE UKRAINE

Der Hintergrund

Seit dem Zerfall der Sowjetunion waren die geopolitischen Entscheidungen der Ukraine von einer zunehmenden Polarisierung gekennzeichnet, die in prowestliche und prorussische Lager gespalten war. Diese divergierenden Strömungen waren nicht nur Ausdruck gegensätzlicher ideologischer Neigungen, sondern betonten auch den existenziellen Konflikt, der der Suche des Landes nach einer passenden geopolitischen Ausrichtung zugrunde lag. Der deutliche Aufstieg prowestlicher politischer Kräfte erreichte mit der orangen Revolution im Jahr 2004 einen ersten, im Jahr 2014 mit den Euromaidan-Protesten seinen zweiten Höhepunkt, und signalisierte einen entscheidenden Wandel im geopolitischen Diskurs der Ukraine.⁸ Der Wunsch nach einer engeren Anbindung an die Europäische Union durch die Anpassung von Handels- und Wirtschaftspolitik sowie das Streben nach einer NATO-Mitgliedschaft signalisierten eine deutliche Abkehr von der bisherigen geopolitischen Ausrichtung. Diese Entwicklungen förderten ein starkes Bewusstsein für die nationale Souveränität der Ukraine und wurden zugleich im Kreml als beunruhigende Anzeichen einer möglichen Verschiebung des regionalen Machtgefüges interpretiert. Diese Wahrnehmung, gekoppelt an weitere Entwicklungen in Osteuropa (Republik Moldau – Transnistrien, Georgien – Südossetien und Abchasien sowie Armenien – Nagorno-Karabach) führten zu einem

Wiederaufleben russischer revisionistischer Ambitionen, die eine Eskalation der geopolitischen Aggression und imperialistischen Bestrebungen zur Folge hatten.⁹

Es ist von entscheidender Bedeutung zu betonen, dass die Entwicklungen in der Ukraine, wenngleich sie äußerst bedeutsam sind, nicht die alleinigen Treiber hinter Moskaus konfrontativer Haltung darstellen. Sie sind vielmehr Teil einer umfassenderen Geschichte der strategischen Neuausrichtung Russlands gegenüber seinem selbst so bezeichneten „nahen Ausland“.¹⁰ Die Lage in dieser Region verschlechterte sich dramatisch im Jahr 2014, als Russland in die Ukraine einmarschierte und die Krim unrechtmäßig annektierte. Nach diesem Wendepunkt konnten separatistische Gruppen in der Ostukraine, mit massiver Unterstützung Russlands in finanzieller, politischer und militärischer Hinsicht, signifikante Gebiete im Donbas unter ihre Kontrolle bringen. Die Ausrufung der selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk komplizierte die Situation weiter.¹¹ Trotz intensiver Bemühungen westlicher Länder, seit 2014 den Frieden durch Verhandlungen zu fördern – erkennbar an zahlreichen Gesprächen und stetigen diplomatischen Anstrengungen wie dem Normandie-Format oder den Minsker Abkommen –, hat Moskau seine Vorbereitungen auf einen großflächigen Krieg gegen Kyjiw niemals eingestellt. Diese militärische Haltung, die über die acht Jahre vor 2022 konsequent verfolgt wurde, deutet darauf hin, dass Russlands Endziel die vollständige politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Dominanz über die Ukraine sein mag,

was einer Verneinung der ukrainischen Staatlichkeit und Souveränität gleichkommt.¹²

Russlands anhaltender Krieg gegen die Ukraine stellt daher ein komplexes Problem dar. Er umfasst ein Geflecht aus geopolitischen, militärischen und sicherheitspolitischen Entwicklungen. Durch die Annexion der Krim und den militärischen Konflikt in der Ostukraine hat Russland bereits eine Reihe bedeutender geopolitischer Ziele vor Kriegsbeginn 2022 erreicht, darunter die Ausweitung seines Territoriums und seines geopolitischen Einflusses, indem es die Kontrolle über die strategisch wichtige Halbinsel Krim und das nördliche Schwarze Meer erlangt hat. Darüber hinaus hat es Moskau geschafft, eine mögliche Mitgliedschaft der Ukraine in der EU oder der NATO zu verlangsamen, indem es die territoriale Integrität und Einheit des Landes untergraben hat. Diese Ereignisse ermöglichten es Russland ebenfalls, seine militärische Macht zu demonstrieren und großangelegte Cyberoperationen in koordinierter Weise gegen einen anderen Staat durchzuführen, was seine Informationskriegsführung nur noch verstärkt hat.¹³

Nach Kriegsbeginn 2022 wurde klar, dass Russland nicht nur die komplette Unterwerfung der Ukraine anstrebt, sondern seinen Einfluss über die Region hinaus ausweiten und seine nationalen Interessen im systemischen Konflikt zwischen den USA und China verfolgen wird. In Anlehnung an die Überlegungen des renommierten geopolitischen Strategen Zbigniew Brzezinski würde Russland erst dann den Status einer Großmacht erlangen,

wenn es die Ukraine vollständig kontrollieren könnte. Um dies zu verwirklichen, strebt Russland den Aufbau einer strategischen „Einflusssphäre“ auf Basis einer trilateralen geopolitischen Union mit der Ukraine und Belarus an. Dies würde es zu einem bedeutsamen Akteur in Osteuropa, dem Südkaukasus und Zentralasien machen. Sollte es Putin gelingen, würde es seine Position auf der globalen geopolitischen Bühne beträchtlich stärken. Auf diese Weise beabsichtigt Russland, seine geopolitischen und geoökonomischen Interessen auszudehnen, die sich vom Arktischen Ozean und der Barentssee über Gebiete in Osteuropa, den Südkaukasus, Eurasien, den Nahen Osten und Nordafrika erstrecken.¹⁴

Daraus lässt sich schlussfolgern, dass Wladimir Putin seine geopolitischen Ziele primär in der „Rückgewinnung“ von Territorien und Bevölkerungen sieht, die er als Teil der „russischen Welt“¹⁵ und somit als „zu Russland gehörend“¹⁶ ansieht. Die Grenzen dieser russischen Welt, verstanden als ein geistiges, kulturelles und zivilisatorisches Phänomen, überschreiten bei weitem die territorialen Grenzen der heutigen Russischen Föderation und sogar jene des historisch größeren Russlands.¹⁷ Die propagierte *Wiedervereinigung* des russischen Volkes sollte daher zu einem zentralen Anliegen der russischen Außenpolitik avancieren. Auch den demografischen Faktor darf man in diesem Zusammenspiel nicht unterschätzen. In der kürzlich veröffentlichten Verordnung der Russisch-Orthodoxen Kirche unter dem Vorsitz des Patriarchen Kirill von Moskau und ganz Russland, wurde eine Vision für die Nation definiert, die

darauf abzielt, im Laufe des nächsten Jahrhunderts die Bevölkerung Russlands auf 600 Millionen Menschen anzuheben – eine Zahl, die als „Mendelejew-Zahl“ bezeichnet wird.¹⁸

In diesem Kontext kann man festhalten, dass Wladimir Putin nach der Wiederbelebung des russischen imperialen Projekts strebt, nicht jedoch nach der Schaffung einer neuen Sowjetunion. Im Gegensatz dazu ist die Ukraine in erster Linie darauf bedacht, ihre Existenz als Staat und Nation zu sichern und ihre Unabhängigkeit und Souveränität gegen die Aggression und revisionistischen Pläne Russlands zu verteidigen. Das vorrangige geopolitische Ziel der Ukraine ist die Wiederherstellung ihrer territorialen Integrität gemäß den international anerkannten Grenzen von 1991. Dies schließt die Rückgewinnung der von Russland kontrollierten Gebiete und die Wiedereingliederung der von Russland annektierten Krim ein.

Russlands hybride Kriegsführung: Nahrung, Energie und Migration als Waffen

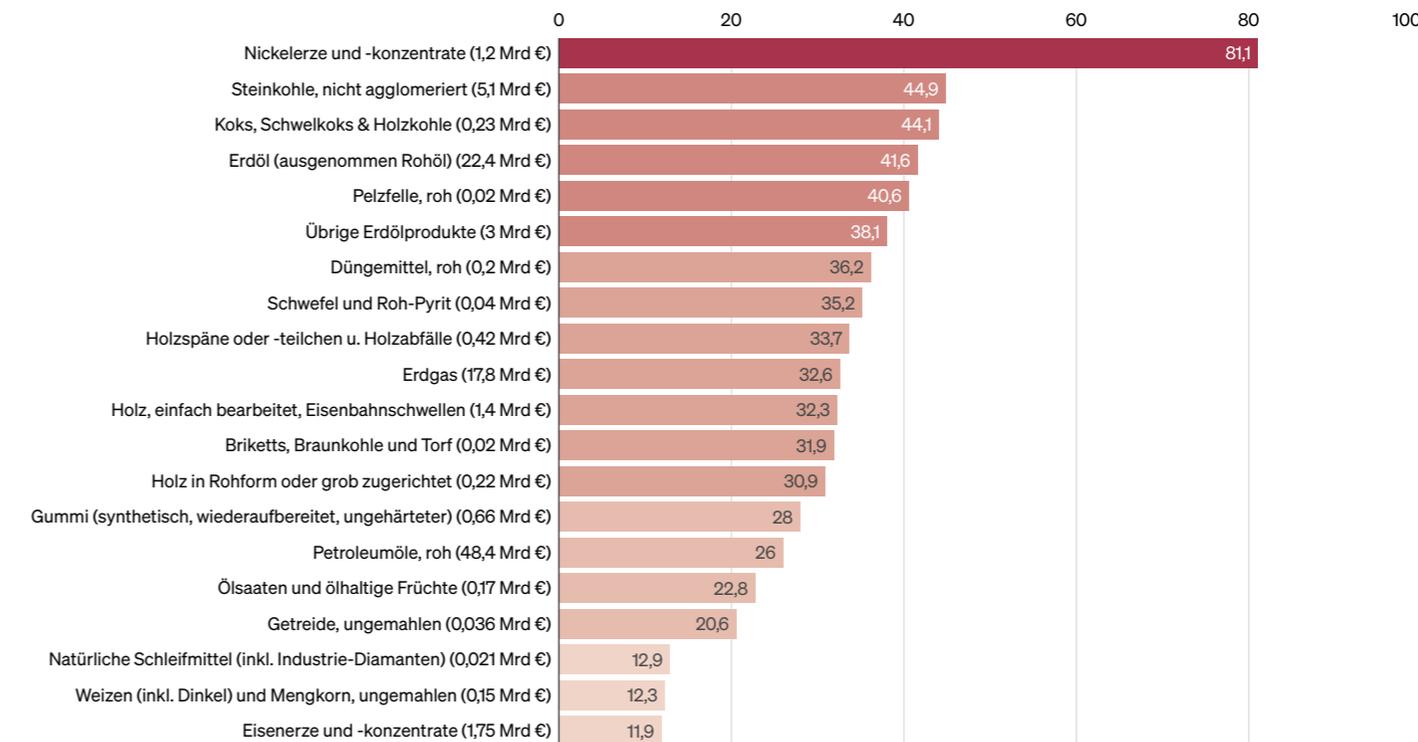
Ein Motiv für die russische Aggression könnte durchaus in dem Bestreben liegen, die wirtschaftliche Erweiterung der Europäischen Union (EU) aufzuhalten – und zwar nicht aus militärischer oder sicherheitspolitischer Perspektive, sondern aus geoökonomischer Sicht. Aus Moskaus Perspektive würde die europäische Integration der Ukraine eine erhebliche Einschränkung seiner

eigenen wirtschaftlichen Einflussphäre bedeuten. Nach dessen Überfall auf Georgien (2008) und der ebenfalls völkerrechtswidrigen Krim-Besetzung (2014) änderte die EU ihre Außenpolitik gegenüber Russland grundlegend und verschob ihren Schwerpunkt von Russland auf die Länder der Östlichen Partnerschaft, insbesondere auf deren Vorreiter Ukraine, Georgien und Republik Moldau.¹⁹

Man hat inzwischen erkannt, dass die europäische Sicherheitsordnung bereits vor dem Völkerrechtsbruch am 24. Februar 2022 erheblich verletzt wurde – in Form eines nichtkinetischen, von Russland inszenierten geoökonomischen Kriegs. In diesem Krieg wurden insbesondere die geoökonomischen Abhängigkeiten von Energie, Nahrungsmitteln und Rohstoffen für Düngemittel zu strategischen Druckmitteln gemacht. Die langfristige westliche Strategie von „Wandel durch Handel“,²⁰ die darauf abzielte, Russland durch gegenseitige Abhängigkeiten im Rohstoffsektor zu befrieden und dadurch die Anreize für aggressives Verhalten gegenüber seinen Nachbarstaaten zu verringern, hat sich letztlich am 24. Februar 2022 als erfolglos erwiesen.

Top 20 Rohstoffimporte aus Russland in die EU (2021)

Ware und Handelsvolumen in Milliarden Euro und Grad der Abhängigkeit in Prozent



Grafik: Georg Lundström-Halbgebauer • Quelle: EUROSTAT

Hybride Kriegsführung

Der Begriff hybride Kriegsführung hat sich in den Diskussionen über geopolitische Strategien und Konflikte, insbesondere im Kontext russischer Aktivitäten, zu einem zentralen Konzept entwickelt. Ursprünglich zur Beschreibung einer Mischung aus konventionellen und unkonventionellen Militärtaktiken eingeführt, hat sich die Bedeutung des Begriffs erweitert, um eine Vielzahl verdeckter Operationen einzuschließen, die darauf abzielen, politische, wirtschaftliche oder militärische Bedingungen im Ausland zu beeinflussen, ohne dass die Rolle der Regierung offensichtlich wird. Diese Entwicklung führte dazu, dass hybride Kriegsführung fast alle geopolitischen Aktivitäten Russlands umfasst und sich auf nahezu jede Art unkonventioneller Aggression oder Bedrohung erstreckt.²¹

Diese Erweiterung und Vertiefung des Konzepts tragen jedoch wenig dazu bei, das Verständnis der geopolitischen Realitäten zu verbessern. Stattdessen verschleiert es wichtige Überlegungen, wie auf die breit angelegte Bedrohung durch strategische Gegner reagiert werden soll. Die Konzentration auf die hybride Natur der Bedrohung kann die wahrgenommene Bedrohung verstärken und den Gegnern, oft Russland, eine unverhältnismäßige Macht und Einflussnahme zuschreiben. Die EU und die NATO haben auf diese wahrgenommene Bedrohung reagiert, indem sie 74 Kooperationsvorschläge genehmigten, von denen 20 sich auf die Abwehr hybrider Bedrohungen konzentrieren.²²

Dennoch warnen Expert:innen vor einer übertriebenen Reaktion und der Gefahr einer Eskalation, insbesondere im Kontext der Beziehungen zwischen Russland und dem Westen.

Durch die Verletzung der territorialen Integrität und Einheit der Ukraine seit 2014 hat Moskau effektiv eine mögliche Mitgliedschaft des Landes in der EU oder der NATO zuerst blockiert und danach verlangsamt. Mittlerweile ist die Ukraine seit 2023 ein EU-Kandidatenland, und auch die NATO zeigt sich bereit, einen potenziellen Beitritt nach Kriegsende zu diskutieren. Die russische Taktik diente nicht nur dazu, die geopolitischen und geoökonomischen Ambitionen der Ukraine zu dämpfen, sondern ermöglichte es Russland auch, seine militärische Stärke zu demonstrieren und das Spektrum seiner hybriden Kriegsführung zu erweitern. Russlands Ansatz zur hybriden Kriegsführung in der Ukraine illustriert seine Fähigkeit, unterschiedliche Taktiken miteinander zu verweben, um strategische Ziele effektiv zu erreichen. Diese umfassende Strategie kombiniert irreguläre Kriegsführung, bei der nichtstaatliche Akteure und Guerilla-Taktiken eingesetzt werden, mit Cyber-Kriegsführung, die darauf abzielt, kritische Infrastruktur zu stören und zugleich Desinformation zu verbreiten.²³ Durch diesen facettenreichen Ansatz kann Russland seine militärischen und politischen Ambitionen vorantreiben, während es gleichzeitig versucht, seine Beteiligung zu verschleiern und internationale Reaktionen zu minimieren. Das Glossar der Militärakademie des amerikanischen Generalstabs beleuchtet die unterschiedlichen Perspektiven, die Russland und der

Westen bezüglich des Konzepts „Informationskrieg“ (informatsionnaja vojna) haben.

Während der Westen den Informationskrieg tendenziell als eine Reihe taktischer Maßnahmen versteht, die sich auf spezifische Konfliktsituationen beschränken und meist auf die Beeinflussung der öffentlichen Meinung oder Desinformation abzielen, nimmt Russland eine weitaus umfassendere und strategischere Perspektive ein. Für Russland ist der Informationskrieg eine fortlaufende Realität, die sich nicht nur auf militärische Auseinandersetzungen beschränkt, sondern ein kontinuierlicher Zustand im Rahmen seiner Beziehungen zum Westen bleibt. Diese Sichtweise umfasst eine breite Palette von Aktivitäten (sogenannte Aktive Maßnahmen), die darauf abzielen, die gegnerische öffentliche Meinung, Entscheidungsprozesse und die gesellschaftliche Kohäsion zu beeinflussen, und betrachtet den Informationsraum als ein „Schlachtfeld“, auf dem geopolitische Ziele verfolgt werden. Die Ausführung großangelegter Cyberoperationen und die Intensivierung der Informationskriegsführung sind Beispiele dafür, wie Russland seine Fähigkeiten in diesem Bereich vertieft und seine Präsenz sowohl auf dem physischen als auch auf dem digitalen Schlachtfeld verstärkt hat.²⁴

Die einzelnen Schritte der Aktiven Maßnahmen sind Teil der hybriden Kriegsführung Russlands, die konventionelle militärische Mittel mit unkonventionellen Methoden wie Cyberkrieg, Desinformation und psychologischer Kriegsführung kombiniert, um die politische Landschaft in anderen Ländern zu beein-

flussen und Russlands geopolitische Ziele zu forcieren. Die vier Schritte im Prozess der russischen Aktiven Maßnahmen, wie sie oft in der Diskussion über hybride und Informationskriegsführung dargestellt werden, sind folgende:

(1) Demoralisierung²⁵

Ziel ist es, das Vertrauen in die eigene Regierung, die gesellschaftlichen Institutionen und Werte zu untergraben, zum Beispiel durch Verbreitung von Desinformation und Propaganda, die darauf abzielt, Spaltung und Misstrauen in westlichen Gesellschaften zu säen. Ein konkretes Beispiel ist die Einflussnahme auf soziale Medien durch gefälschte Accounts oder Trollfabriken, die Desinformation verbreiten oder politische Debatten polarisieren und Misstrauen in die eigenen politischen Institutionen schüren.

(2) Destabilisierung²⁶

In dieser Phase wird versucht, die gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Stabilität zu erschüttern. Dies kann durch die Unterstützung extremistischer Gruppen, die Durchführung von Cyberangriffen auf kritische Infrastrukturen oder die Einmischung in politische Prozesse anderer Länder erfolgen.

(3) Krisenhaftigkeit²⁷

Diese Phase zielt darauf ab, eine Krise auszulösen, die die Gesellschaft an einen kritischen Punkt bringt, an dem eine radikale Veränderung oder ein Zusammenbruch der Ordnung möglich scheint. Dies kann durch direkte militärische Interventionen, wie die Annexion der

Krim 2014, oder durch die Eskalation von Konflikten in Einflussgebieten, wie im Osten der Ukraine seit 2014, geschehen.

(4) Normalisierung

Nach einer Krise wird versucht, einen neuen Status quo zu etablieren, der die Interessen Russlands besser widerspiegelt. Dies kann die Installierung freundlich gesinnter Regierungen oder die Schaffung von abhängigen Staaten umfassen. Ein Beispiel hierfür ist die Etablierung der selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk im Osten der Ukraine, die von Russland militärisch, politisch und wirtschaftlich unterstützt werden.

Seit der russische Einmarsch in die Ukraine nicht wie erwartet verlaufen ist, sahen sich die dem Kreml ergebenden Desinformationskommentatoren und -kommentatorinnen und ihre Netzwerke gezwungen, ihre gefälschten Erzählungen über den Krieg zu modifizieren und gleichzeitig zu intensivieren, um das Feuer der russischen Aggression weiter anzufachen. Die bewährten sowjetischen und später russischen Taktiken Desinformation, Fehlinformation, Verbreitung von Fake News und Schaffung eines „Kriegsnebels“ werden den Zermürbungskrieg in der Ukraine zweifellos weiter prägen. Aber die strategische Manipulation von Informationen und die Desinformationskampagnen des Kremls gegen die Ukraine begannen lange vor dem Beginn der umfassenden Militärintervention am 24. Februar, wie man am Beispiel der unterschiedlichen Aktiven Maßnahmen merkt. Russlands staatlich

kontrollierte Desinformationsmaschinerie, oft angeführt von gut finanzierten Medienplattformen wie RT und Sputnik, die sich selbst stolz als „Informationsarsenal“ bezeichnen, hat seit vielen Jahren, am ukrainischen Beispiel mindestens seit 2014, falsche Informationen und gefälschte Vorwände für den Einmarsch in die Ukraine erfunden und erfolgreich auf der ganzen Welt verbreitet.²⁸

Russland hat gut vorbereitete Narrative sowohl auf offizieller Ebene als auch im öffentlichen Raum an seine engsten internationalen Partner disseminiert. Diese Bemühungen führten dazu, dass offizielle Vertreter:innen aus China und dem globalen Süden, sowie die öffentliche Meinung dort, das vorherrschende Narrativ über den Beginn des russischen Kriegs rasch übernahmen, wonach die NATO-Expansion als Auslöser bezeichnet wurde.²⁹ Darüber hinaus verbreiteten die russische Elite sowie offizielle Medien die Desinformationen bezüglich des russischen Kriegsziels „Entnazifizierung der Ukraine“, was im direkten Widerspruch zu der Tatsache steht, dass der ukrainische Präsident jüdischen Glaubens ist. Diese strategische Verbreitung von Narrativen und Desinformationen ist Teil der breiteren Bemühungen Russlands, seine geopolitischen Ziele zu erreichen und internationale Unterstützung für seine Handlungen zu sichern oder zumindest die internationale Reaktion darauf abzumildern.

Innerhalb des Prozesses der russischen Aktiven Maßnahmen gegen die Ukraine sind zahlreiche weitere spezifische Beispiele zu nennen, die die strategische Informationskriegsführung Russlands verdeutlichen.³⁰

Verschwörungstheorien und Falschmeldungen spielen dabei eine zentrale Rolle. So verbreitete Russland beispielsweise gezielt die Behauptung, in der Ukraine wäre die russische Sprache verboten, um ethnische Spannungen zu schüren und die russischsprachige Bevölkerung gegen die ukrainische Regierung aufzubringen. Diese Falschinformation diente dazu, Russlands Eingriffe in der Ukraine als Schutzmaßnahme für russischsprachige Minderheiten darzustellen und so eine Legitimitätsgrundlage für militärische Aktionen zu schaffen. Ebenso wurden Falschmeldungen verbreitet, die suggerierten, dass Friedensverhandlungen nicht an Russland, sondern an der Ukraine oder deren westlichen Unterstützern gescheitert seien.³¹ Solche Desinformationen zielen darauf ab, die internationale Schuldzuweisung zu manipulieren, den Druck auf die ukrainische Regierung zu erhöhen und die Unterstützung für Russland in der internationalen Gemeinschaft zu stärken oder zumindest Zweifel an der Position der Ukraine zu säen.

Ein weiteres bedenkliches Phänomen ist die Übernahme von Kreml-Narrativen durch europäische Politiker:innen, teilweise ohne kritische Prüfung, oder gar durch bewusste Unterstützung russischer Propaganda. Ziel ist es, den Diskurs in bestimmten Staaten zu unterwandern und zu beeinflussen, um die eigene geopolitische Position zu stärken und Gegner:innen zu schwächen.

Diese Techniken, die Russland nach dem Zerfall der Sowjetunion geerbt hat, werden weiters geschickt eingesetzt, um die eigenen Ziele zu erreichen. Für manche

Personen, die diese Taktiken in der Ära des sowjetischen Einflusses erlebt haben oder darin sorgfältig geschult worden sind, ist es deutlich einfacher, diese in den frühesten Stadien zu erkennen. Somit können sie sich auf diesem komplexen hybriden Schlachtfeld zurechtfinden. Die breite Öffentlichkeit im Westen bleibt ihnen gegenüber allerdings wehrlos ausgesetzt.

Zur hybriden Kriegsführung bedient sich Russland ganz konkret folgender Mittel:

Die Instrumentalisierung von Nahrungsmittelrohstoffen als hybride Kriegsmittel

Russland und die Ukraine, von denen fast 40 Prozent der weltweiten Weizenexporte ausgehen, spielen eine Schlüsselrolle in der globalen Nahrungsmittelversorgung. Der andauernde Krieg hat diese Versorgung jedoch stark beeinträchtigt und zu einem starken Preisanstieg von über 30 Prozent im ersten Jahr der Kriegsführung geführt.³² Dieser stellte für Millionen von Menschen in Afrika und Asien eine unmittelbare Bedrohung dar und erhöhte das Risiko von Hunger und Unterernährung erheblich. Die Situation wurde besonders prekär in Ländern wie Ägypten, Sudan und Äthiopien, wo Weizen ein essenzielles Grundnahrungsmittel darstellt.

Noch vor dem Angriffskrieg gegen die Ukraine erlebten die globalen Lebensmittelpreise im Jahr 2021 einen Anstieg auf das höchste Niveau seit nahezu einem Jahrzehnt. Das rief weltweit erhebliche Besorgnis hervor, besonders vor dem Hintergrund, dass die

Weltgemeinschaft mit den weitreichenden Folgen der COVID-19-Pandemie konfrontiert war. Im Dezember 2021 erreichten die Lebensmittelpreise ein Niveau, das zuletzt während der Lebensmittelkrise 2011,³³ die den Arabischen Frühling mitauslöste, beobachtet wurde.³⁴ Im selben Zeitraum kam es erneut zu einer von Russland orchestrierten militärischen Eskalation an den Grenzen der Ukraine. Die zentrale Bedeutung von Lebensmitteln wurde durch die militärischen Aktivitäten Russlands entlang der ukrainischen Grenze im Januar 2022 noch exorbitant verstärkt.

Darüber hinaus hat sich die türkische Meerenge Bosphorus, ein kritischer Knotenpunkt für die globale Schifffahrt, durch den etwa ein Fünftel der weltweiten Weizenexporte transportiert wird, zu einem wesentlichen Engpass in der globalen Lebensmittelversorgung entwickelt. Angesichts der Tatsache, dass Russland und die Ukraine zu den führenden Weizenexporteuren weltweit zählen – Russland als größter und die Ukraine als fünftgrößter Exporteur –, kommt diesem Nadelöhr eine noch größere strategische Bedeutung zu. Der Krieg gegen die Ukraine führte somit zu einem abrupten Anstieg der weltweiten Lebensmittelpreise um nahezu 13 Prozent bereits im darauffolgenden Monat März.³⁵

Russlands Ankündigung, die Ausfuhr von Getreide und Düngemitteln temporär anzuhalten, trug maßgeblich zur Destabilisierung des globalen Markts bei. Diese Entscheidung fiel in einem Zeitraum, in dem Russland und Weißrussland bereits vor Kriegsausbruch ukrainische Schwarzmeerhäfen unter dem Deckmantel militärischer

Übungen blockiert hatten. Die Entwicklungen hatten weitreichende Folgen für die globalen Lebensmittelpreise, die im März – verglichen mit dem Stand von März 2020 – um dramatische 60 Prozent³⁶ anstiegen. Es wurde zunehmend klar, dass Russland einen bewussten Rohstoffkrieg führte und dabei Lebensmittel bzw. deren Knappheit als geopolitische Waffe einsetzte, und dies verdeutlichte eine neue Dimension der geoökonomischen Kriegsführung gegen den Westen. Europa, das sich bereits vor Kriegsbeginn mit einer schwerwiegenden Energiekrise konfrontiert sah, musste nun auch die Blockade wichtiger Lebensmittelexporte und die gezielte Zerstörung von Getreideterminals verkraften. Präsident Putin schaffte es durch geschickte Manipulation des Narrativs, die darauffolgenden westlichen Sanktionen für die eskalierende Nahrungsmittelkrise verantwortlich zu machen, wodurch er vom russischen Vorgehen ablenkte und stattdessen die Schuld dem Westen zuwies, insbesondere in der Wahrnehmung des globalen Südens.³⁷ Er nutzte die Abhängigkeit vieler Länder von Getreideimporten, um politische Ziele zu verfolgen, und erhöhte den Druck auf die Aufhebung der europäischen Sanktionen. Um das von Russland propagierte Narrativ zu entkräften, dass die Sanktionen der EU zur weltweiten Nahrungsmittelknappheit beitragen würden, hat die Europäische Union im Juli 2022 spezifische Ausnahmeregelungen eingeführt. Diese Ausnahmen betrafen den Kauf, die Einfuhr und den Transport von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Lebensmitteln, einschließlich Weizen und Düngemitteln, und bekräftigten gleichzeitig die Solidarität der EU mit der Ukraine.

Zur Unterstützung der Ukraine bei der Ausfuhr ihrer landwirtschaftlichen Produkte hat die EU zudem Solidaritätskorridore eingerichtet,³⁸ um die Ausfuhr von Getreide, Lebensmitteln und Düngemitteln aus der Ukraine zu erleichtern. Bis August 2022 wurden 61 Prozent der ukrainischen Lebensmittelexporte, entsprechend 2,6 Millionen Tonnen, über die von der EU eingerichteten Solidaritätswege abgewickelt.

Im zweiten Kriegsjahr setzte Russland gezielt auf die Zerstörung von Lebensmittelreserven, die Beschlagnahme von Ernten und landwirtschaftlichen Geräten sowie die Vernichtung von Kapazitäten für Lebensmittelverarbeitung und -transport und blockierte weiterhin die ukrainischen Häfen. Im Jahr 2023 organisierte der südafrikanische Präsident Cyril Ramaphosa für eine Delegation mit afrikanischen Vertreter:innen eine Reise nach Russland und in die Ukraine.

Preisänderungen von Getreide- und Ölsamenmärkten

Preisindex mit Basiswert 100 für Jänner 2000



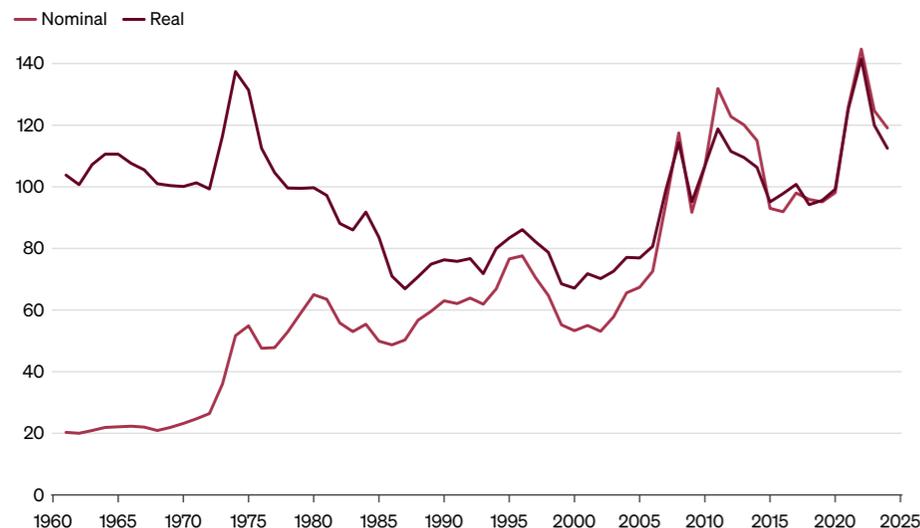
Während der Visite hob die afrikanische Vermittlungsdelegation die gravierenden wirtschaftlichen Folgen des andauernden Kriegs für den globalen Süden hervor.³⁹

Ramaphosa machte auf die steigenden Lebensmittelpreise und die daraus resultierenden sozioökonomischen Verwerfungen in Afrika aufmerksam. Diese Beobachtungen bestätigen, dass sich die Folgen des Kriegs nicht nur auf die unmittelbar betroffenen Länder beschränken, sondern globale Auswirkungen auf Handel, Wirtschaft und den internationalen Frieden haben. Allerdings bestritt Präsident Putin jeglichen Zusammenhang zwischen dem Krieg und dem Anstieg der Rohstoffpreise – eine Position, die im Widerspruch

zur gegenwärtigen Realität zu stehen scheint.⁴⁰ Während des Besuchs der afrikanischen Staats- und Regierungschefs äußerte Putin seine Unzufriedenheit mit der Umsetzung der Vereinbarung mit dem Westen in Bezug auf die russischen Düngemittel- und Rohstoffexporte und signalisierte die Bereitschaft Moskaus, die ärmsten Länder der Welt gratis mit Getreide zu versorgen.⁴¹ Zudem nutzte Russland den darauffolgenden zweiten Russland-Afrika-Gipfel in Sankt Petersburg, um sechs afrikanischen Staaten kostenlose Getreidelieferungen anzubieten, ein Vorgehen, das als effektives geökonomisches Mittel dient, um politischen Einfluss auf den afrikanischen Kontinent auszuüben. Diese Initiative zielte ebenso darauf ab, die politische Unterstützung Afrikas

Lebensmittelpreise seit 1961

FAO Preisindex (2014 bis 2016 = 100)



Grafik: Georg Lundström-Halbgebauer • Quelle: FAO Food Price Index

in den Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen gegen die westlichen Sanktionen zu sichern.⁴² Somit drohte eines der Hauptziele des Westens, Russland sukzessive in die internationale Isolation zu treiben, zu scheitern.

2023 gab es erneut eine Reihe von relevanten Risiken, die einen potenziellen Anstieg der weltweiten Nahrungsmittelpreise hätten vorantreiben können.

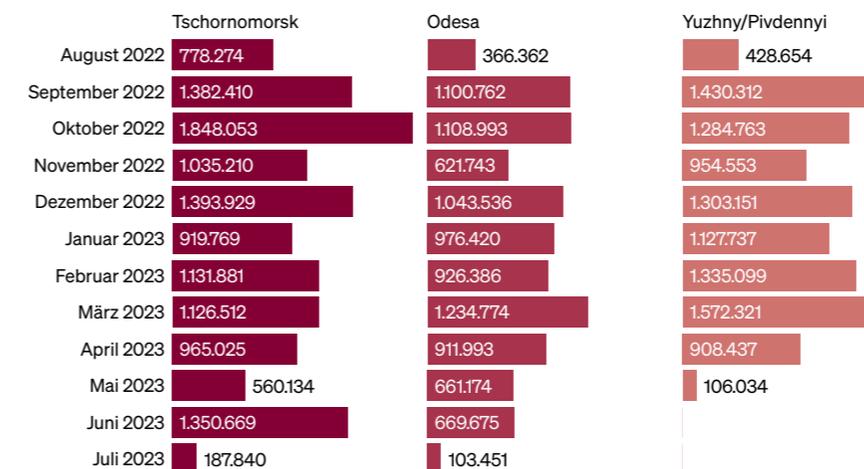
Darüber hinaus nutzte Russland die Situation der Verschärfung einer potenziellen Nahrungsmittelkrise 2.0, um auch die Abhängigkeit afrikanischer und asiatischer Länder von ukrainischen und russischen Rohstoffen als

Druckmittel gegenüber dem Westen einzusetzen und sie dazu zu zwingen, seinen Forderungen zuzustimmen.

Die Zerstörung des Kachowka-Staudamms durch Russland stellte eine weitere Krisensituation mit potenziellen Auswirkungen auf Nahrungsmittelpreise neben dem verursachten Ökozid dar. Das ukrainische Ministerium für Agrarpolitik und Ernährung berichtete, dass die Zerstörung des Damms die Bewässerungssysteme beschädigt hatte, wodurch eine beträchtliche Anzahl von Personen in den Regionen Cherson, Saporischschja und Dnipropetrowsk ohne Wasserquelle blieben⁴³ und somit zur Wüste zu werden drohen.⁴⁴

Ukrainischer Seehandel

Exporte nach Hafen und Monat in Tonnen



Grafik: Georg Lundström-Halbgebauer • Quelle: UN Black Sea Grain Initiative Joint Coordination Centre

Die Instrumentalisierung von Energierohstoffen

Russlands Verhalten in Bezug auf die Energierohstoffe zeichnete ein ähnliches Bild vor dem Kriegsausbruch und während des ersten Jahres der Kriegsführung. Wenn man auf die jüngeren Entwicklungen blickt, muss man auch weitere geopolitische Faktoren im Zusammenhang mit der Energiefrage berücksichtigen. Die vorhandenen Erdöl- und Erdgasreserven auf und um die Krim sowie in weiteren Teilen in der Ukraine waren zwar nicht der entscheidende Faktor bei der russischen Intervention, spielten aber dennoch eine bedeutende geoökonomische Rolle. Die Handlungen der staatlich kontrollierten Gazprom, die zu einem Anstieg der Gaspreise für die Ukraine um mehr als 40 Prozent führten,⁴⁵ verdeutlichten den wachsenden wirtschaftlichen Druck auf Kyjiw in der Auseinandersetzung mit Moskau, noch bevor der vollständige Krieg ausgebrochen war. Trotz steigender Nachfrage im Jahr 2021 reduzierte die Gazprom absichtlich die Gaslieferungen in die Europäische Union und nutzte ihre Marktdominanz, um die EU-Kunden unter Druck zu setzen und die politischen Spannungen rund um das umstrittene Projekt Nord Stream 2 zu verschärfen.⁴⁶ Als sich die Energiekrise im Oktober 2021 intensivierte, verkündete die Gazprom weitere Preiserhöhungen für Europa, während Russland sich auf die nächste militärische Eskalation an der Grenze zur Ukraine vorbereitete. Bis Dezember 2021 spitzte sich die Energiekrise in Europa erheblich zu. Die Strompreise in Frankreich erreichten ein Rekordhoch, während Russland seine Gaslieferungen nach Deutschland und in weitere europäische Länder reduzierte. Die Kombination

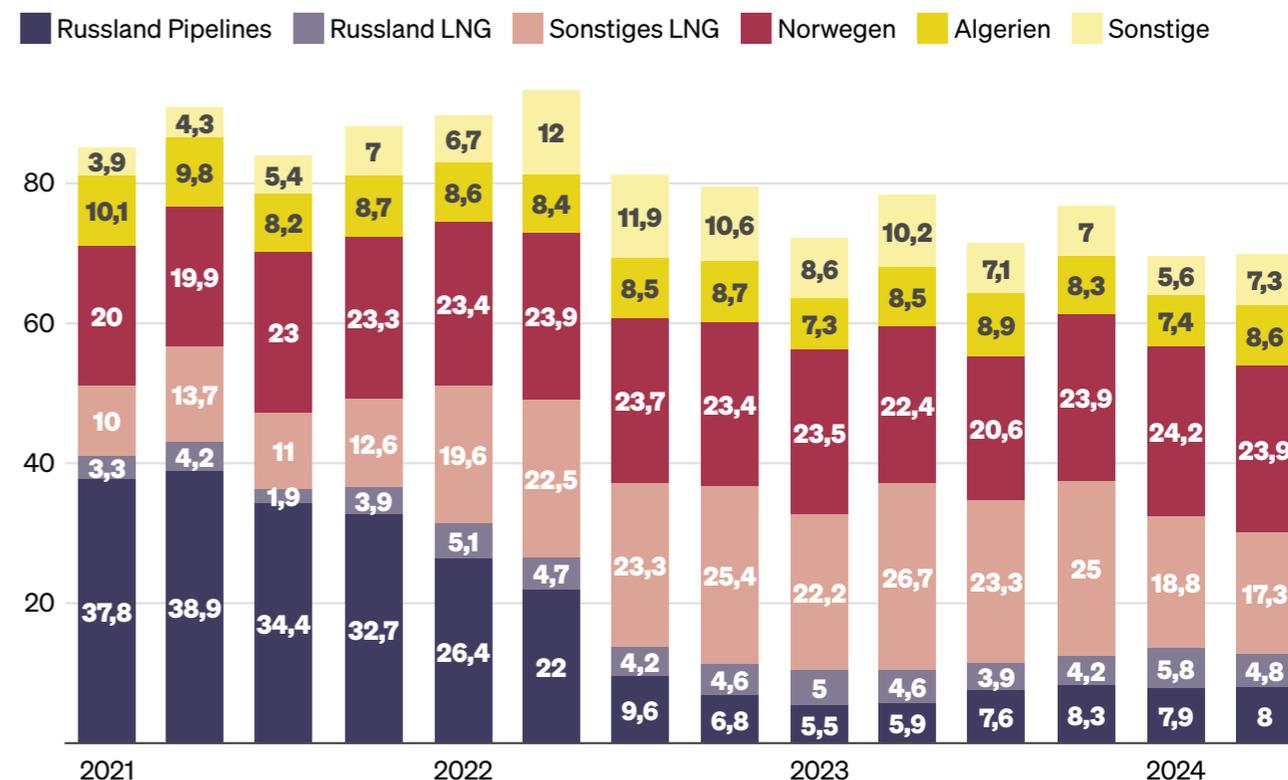
aus diesen Reduzierungen der russischen Gaslieferungen, dem kühlen Wetter, Ausfällen von Kernkraftwerken, erschöpften Gasspeicherkapazitäten, das alles und Produktionsprobleme bei Flüssiggas (LNG) waren ausschlaggebend, dass sich die bereits tobende Energiekrise in Europa verschärfte. Im Mittelpunkt der Energiekrise aus dem Jahr 2021 stand auch das Zusammenspiel aus dem Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage infolge der globalen COVID-Pandemie, einem teilweise viel zu raschen, aber gleichzeitig auch unvollständigen Umstieg auf erneuerbare Energien und den fehlenden Alternativen zu den fossilen Energieträgern für den energiearmen Kontinent.

Vor dem russischen Einmarsch in die Ukraine 2022 war die EU stark von russischen Energielieferungen abhängig. Im Jahr 2021 importierten die EU-Länder 155 Milliarden Kubikmeter russisches Gas. Russland lieferte zudem signifikante Mengen an Rohöl (mehr als 108 Millionen Tonnen) und war der größte Lieferant von Erdölprodukten (91 Millionen Tonnen) in die EU. Ungefähr die Hälfte der Kohleimporte der EU (über 51 Millionen Tonnen) kamen ebenso aus Russland. Darüber hinaus wurden 18 Kernkraftwerksblöcke in Tschechien, Ungarn, Slowakei, Finnland und Bulgarien mit russischem Brennstoff betrieben.⁴⁷

Russland deckte über 40 Prozent der europäischen Gasnachfrage, was auf keine symmetrische Dependenz verwies. Deshalb hatte Präsident Putin die unausweichlichen westlichen Sanktionen als Reaktion auf den Krieg in der Ukraine sorgfältig miteinkalkuliert.⁴⁸

Europa hat die Gasimporte aus Russland seit 2021 um 70 Prozent reduziert

Gaslieferungen je Quartal, in Milliarden Kubikmetern



Grafik: Lukas Sustala • Quelle: Bruegel, Natural Gas Imports Database, eigene Berechnungen.

Die Situation verschlimmerte sich, als Russland die Gaszufuhr über die Nord-Stream-Pipeline sowie die Pipeline nach Polen nach Kriegsausbruch reduzierte.⁴⁹ Angesichts steigender politischer Spannungen entschied sich der russische Energieriese Gazprom für den dramatischen Schritt, die Gaslieferungen an mehrere EU-Mitgliedstaaten einzustellen, während Präsident Putin auf der Bezahlung für das russische Gas in Rubel bestand. Die Situation verschärfte sich weiter, als die Gazprom die Lieferungen an Bulgarien, Dänemark, Finnland, die Niederlande und Polen stoppte und dann im Sommer 2022 die Lieferungen an Deutschland über Nord Stream um die Hälfte reduzierte, angeblich aus Wartungsgründen.⁵⁰ Es wurde erwartet, dass diese Maßnahmen vor der Wintersaison zu erheblichen Störungen in der europäischen Gasversorgung führen würden, insbesondere da Nord Stream 1 danach nur noch mit 20 Prozent seiner vollen Kapazität betrieben wurde.⁵¹ Daraus folgend beschuldigten sowohl Frankreich als auch Deutschland Russland öffentlich, die europäische Energieversorgung als geopolitische Waffe in diesem nichtkinetischen Krieg gegen Europa zu instrumentalisieren.

Als die Situation sich weiter verschlechterte, sprangen die USA mit erhöhten Flüssiggaslieferungen ein, was die alarmierende Abhängigkeit Europas von russischen Energielieferungen noch deutlicher machte. Nach der Explosion der Nord-Stream-Pipelines spitzte sich die Lage weiter zu. Die Identität der Täter bleibt weiterhin ungeklärt, doch die Gazprom scheint einer der Hauptprofiteure zu sein, insbesondere angesichts des gestoppten Gasflusses nach Europa, welcher einen Gas-

preisschock mit sich brachte. Hätte man nicht sofort auf höhere Gewalt („Force Majeure“) verwiesen, wäre die Gazprom vertraglich verpflichtet gewesen, Entschädigungen für die nicht gelieferten Mengen an die europäischen Staaten in Milliardenhöhe zu zahlen.

Zum Zeitpunkt dieser Ereignisse war der Energiekonzern bereits in ein Arbitrage-Verfahren involviert, das Entschädigungen für die Unterbrechung der Gaslieferungen betraf. Analysen zufolge könnte die Gazprom trotz westlicher Sanktionen einen Rekordumsatz von 80 Milliarden Dollar im ersten Kriegsjahr erzielt haben, da die Preise stark anstiegen, was wiederum die Steuereinnahmen deutlich erhöhte. In der ersten Hälfte des Jahres 2022 meldete das Unternehmen einen rekordverdächtigen Nettogewinn von 2,5 Billionen Rubel (34 Milliarden US-Dollar), was auf die stark gestiegenen Gaspreise auf den globalen Märkten zurückzuführen war.⁵² Wie viele andere russische Firmen stellte das Unternehmen danach jedoch die Veröffentlichung seiner Finanzergebnisse ein.⁵³ Der abrupte Anstieg der Gaspreise kam zweifellos der Gazprom zugute, die aus dieser heiklen Situation zusätzlichen finanziellen Nutzen ziehen konnte. Russlands Einsatz von Energie als geopolitisches Instrument zeigte deutlich die Notwendigkeit für Europa, seine Energieabhängigkeit von Russland zu verringern und die Diversifizierung seiner Energiequellen zu verstärken. Im zweiten Kriegsjahr wurden die Herausforderungen für Europa, das bereits unter Energieknappheit litt, durch den anhaltenden Krieg und Russlands aggressive Haltung weiter verschärft. Dies hatte mit einer Verknappung der europäischen Energievorräte und dem Anstieg der

Inflation zu tun. Trotz globaler Sanktionen gelang es Russland jedoch, sein Rohöl geschickt über Drittländer wie China und Indien nach Europa umzuleiten. Auch russisches Erdgas (und Flüssiggas) fand weiterhin seinen Weg auf den europäischen Markt.

Trotz eines Rückgangs der Exporteinnahmen in die EU um fast 90 Prozent erwirtschaftet Russland mit der Ausfuhr fossiler Brennstoffe immer noch etwa 560 Millionen Euro pro Tag. Insgesamt zahlte Europa für russische Fossilträger seit Kriegsbeginn fast 190 Milliarden Euro und steht nach wie vor an der Spitze von Russlands Kunden. Die anhaltende hohe Abhängigkeit mancher EU-Länder von russischen Fossilbrennstoffen, wie sie beispielsweise in Österreich zu beobachten ist, wirft ernsthafte Bedenken hinsichtlich der Energiesicherheit und geopolitischen Verwundbarkeit auf.

Nukleare Erpressung

Infolge der militärischen Rückschläge auf den Schlachtfeldern während der erfolgreichen Gegenoffensiven der Ukraine im ersten Jahr des Kriegs wurde Russlands Strategie der nuklearen Einschüchterung zum zentralen Bestandteil seiner geopolitischen Ausrichtung. Es ist bemerkenswert, dass Russland der erste Staat ist, der nukleare Drohungen in seine Strategie der konventionellen Kriegsführung und territorialen Expansion integriert. Eine internationale Akzeptanz von Russlands gewaltsamen und mit nuklearer Erpressung durchgesetzten territorialen Ambitionen würde nicht nur eine Niederlage für die Ukraine bedeuten, sondern auch einen gefährlichen

Präzedenzfall für die europäische Sicherheitsarchitektur und die globale regelbasierte Ordnung schaffen. Im ersten Kriegsjahr schien die „nukleare Erpressung“ (die Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen sowie einer nuklearen Katastrophe) die bevorzugte Strategie zu sein, aber es gab damals wie auch gegenwärtig keine Anzeichen dafür, dass Russland tatsächlich Vorbereitungen für den Einsatz von Atomwaffen traf.

Die USA agierten erfolgreich gegen Präsident Putins Taktik der nuklearen Einschüchterung, was vorübergehend zu einer Deeskalationsphase der russischen Nuklearrhetorik führte. Dennoch blieb diese Entwicklung beunruhigend.⁵⁴

Trotz der angespannten Situation blieb es unwahrscheinlich, dass Russland taktische Atomwaffen gegen die Ukraine einsetzen wollte. Das Land konnte sich weiterhin auf ein umfangreiches Arsenal konventioneller Waffen verlassen. Es kann argumentiert werden, dass der Kreml keine direkte militärische Intervention des Westens im Krieg gegen die Ukraine befürchtet. Außerdem haben sowohl die USA als auch China deutlich gemacht, dass sie vehement gegen den Einsatz von Atomwaffen sind. Im Fall des nuklearen Angriffs auf die Ukraine wäre eine militärische Intervention der USA nicht mehr auszuschließen. Auch China würde die umfassende Unterstützung für Russland in diesem Fall einstellen. Die nukleare Einschüchterung wird jedoch zu einem charakteristischen Merkmal der gegenseitigen gesicherten Zerstörung in dieser neuen Ära des Kalten Kriegs zwischen den USA, China und Russland.

Ein weiterer Aspekt der nuklearen Einschüchterung ist das Schüren von Ängsten in der westlichen Bevölkerung vor einer potenziellen Katastrophe wie im Fall des Reaktorunfalls in Tschernobyl im Jahr 1986. Diese Angst könnte Druck auf westliche Entscheidungsträger:innen ausüben, die Ukraine zur Zurückhaltung zu drängen und Zugeständnisse in Verhandlungen und Friedensabkommen mit Russland zu erwägen. In diesem Kontext hat Russland das Risiko einer nuklearen Katastrophe nach dem Zwischenfall am Kachowka-Staudamm erhöht.⁵⁵ Die Gefahr einer solchen Katastrophe im Kernkraftwerk Saporischschja scheint immer plausibler. Auch gegenwärtig bleibt das Atomkraftwerk weiterhin Zielscheibe von Drohnenangriffen.⁵⁶

Die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEA) hat jedoch nach dem russischen Überfall keinen Sprengstoff in der Nähe des Kernkraftwerks gefunden.⁵⁷ Alle sechs Reaktoren wurden abgeschaltet, da Russland nach der unrechtmäßigen Annexion der Region Saporischschja die Kontrolle über das Kraftwerk erlangt hatte. Nach Angaben von Expert:innen für nukleare Sicherheit waren alle Reaktoren sicher in Containment-Strukturen untergebracht. Im Falle eines Ausfalls der Notstromversorgung gewährleisten passive Kühlmechanismen eine Sicherheitszeit von mindestens sieben Tagen – genug für eine angemessene Reaktion, um eine nukleare Katastrophe zu verhindern. Darüber hinaus sind die gefährlichsten Isotope, die mit denen der Katastrophe von Tschernobyl vergleichbar wären, im System des Kernkraftwerks nicht mehr vorhanden. Daher ist die Wahrscheinlichkeit einer nuklearen Katastrophe im

Ausmaß Tschernobyls selbst unter den gravierendsten Umständen äußerst gering.

Die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEA) hat weiterhin Zugang zur Anlage und berichtet ständig zum Status des Kraftwerks.⁵⁸ Der Fall des Saporischschja-Atomkraftwerks unterstreicht die Dringlichkeit, die sicherheitspolitische Bedrohung und die Risiken für die westlichen Gesellschaften durch die nukleare Einschüchterung ernst zu nehmen und sorgfältige diplomatische und politische Maßnahmen zu ergreifen, um die nukleare Sicherheit in der Region zu gewährleisten und zu stärken.

Die Instrumentalisierung von Migrationsdruck

Die sogenannte Migrationskrise ab 2015 im Zuge des Syrien-Kriegs und weiterer Konflikte stellte Europa vor eine Zerreißprobe. Sie legte die Schwächen des Kontinents offen und deutlich dar, und Präsident Recep Tayyip Erdoğan nutzte diese Situation schnell aus, um bei Verhandlungen um umfangreiche finanzielle Unterstützung aus Brüssel zur Bewältigung der Krise Druck auszuüben. Im Jahr 2016 wurde das Flüchtlingsabkommen zwischen der EU und der Türkei geschlossen, mit der Absicht, den irregulären Strom von Flüchtlingen und Migrant:innen, die über Griechenland in die Europäische Union einreisten, einzudämmen.⁵⁹ Im Gegenzug für diese Zusammenarbeit verpflichtete sich die EU-Kommission, Ankara 6 Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen.⁶⁰ Mit diesen Mitteln sollte die Unterbringung der Asylsuchenden in der Türkei unterstützt werden. Das Abkommen stellte einen pragmatischen, wenn auch umstrittenen Ansatz dar,

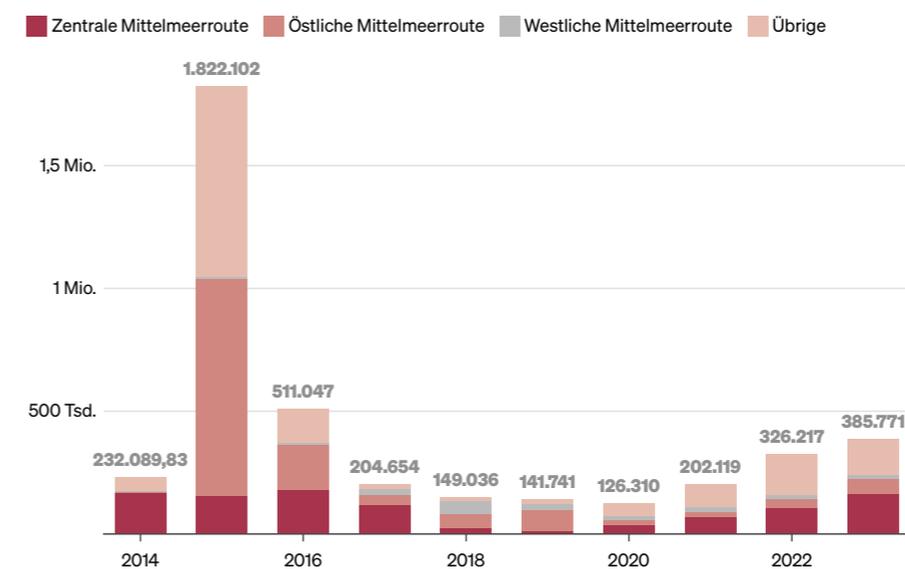
um sowohl mit den unmittelbaren Herausforderungen der Migrationskrise umzugehen als auch den geopolitischen Druck, den die Situation auf die europäischen Institutionen ausübte, zu mindern.

Während die Asyl- und Migrationskrise auf den ersten Blick ein menschenrechtliches und humanitäres Problem darstellt, ist sie tatsächlich auch ein Instrument der hybriden „Informationskriegsführung“ geworden. Dies ist eine Praxis, bei der Informationen genutzt werden, um in westlichen Gesellschaften politischen oder sozialen Druck auszuüben, Meinungen zu formen, Einfluss auszuüben oder sogar politische Konflikte zu provozie-

ren. In der modernen, digital vernetzten Welt ist Informationskriegsführung ein mächtiges Werkzeug, das von verschiedenen Akteuren, einschließlich Regierungen, zur Erreichung ihrer Ziele eingesetzt wird. Diese Situation hat die Notwendigkeit unterstrichen, dass europäische Entscheidungsträger:innen und Politiker:innen sich nicht nur mit den unmittelbaren Herausforderungen von Migration und Flüchtlingsströmen auseinandersetzen müssen, sondern auch die komplexen und vielschichtigen Wechselwirkungen zwischen Migration, geopolitischen Interessen und Informationskriegsführung verstehen und in ihre strategischen Überlegungen einbeziehen müssen. Die Instrumentalisierung von Migrationsströmen als Teil

Irreguläre Migration nach Europa

Dokumentierte illegale Grenzübertritte in den Schengenraum



Grafik: Georg Lundström-Halbgebauer • Quelle: FRONTEX, eigene Berechnung.

einer hybriden Kriegsführung hat in den letzten Jahren zunehmend eine signifikante Rolle in geopolitischen Konflikten gespielt. Besonders deutlich wurde dies an der polnischen und der baltischen Grenze im Jahr 2021, als Belarus gezielt Migrationskrisen auslöste, um Druck auf die Europäische Union auszuüben.⁶¹ Diese hybride Migrationskrise wurde sorgfältig von Belarus, vermutlich nicht ohne Unterstützung von Russland, orchestriert. Der Akt eines hochriskanten geopolitischen Schachspiels diente dazu, den politischen Druck auf diese Länder zu erhöhen. Es war ein beängstigendes Omen für die darauffolgenden Unruhen und den Krieg, mit dem Europa auch gegenwärtig konfrontiert bleibt. Diese Ereignisse traten nicht spontan oder unerwartet auf. Im Gegenteil, sie waren das Ergebnis umfangreicher Vorbereitungen und Planungen, die lange im Voraus getätigt waren. Die Migrationsströme wurden als Waffe eingesetzt, um erheblichen Druck auf Polen auszuüben und die Europäische Union in gewisser Weise unter Druck zu setzen. Dabei wurde auch die fragile Lage in Deutschland nach den Wahlen und der signifikante Wahlzyklus in Frankreich berücksichtigt, die zu einem vorläufigen politischen Vakuum im Herzen Europas geführt hatten. Diese Taktik, Migrationsströme als Waffe einzusetzen, diente dazu, politische Unruhe zu stiften und die EU zu erpressen. Mit dem Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und der darauffolgenden massiven Flüchtlingsbewegung in Richtung Europa wurde die Widerstandsfähigkeit des Kontinents erneut auf die Probe gestellt. Millionen von Ukrainer:innen suchten Zuflucht in Europa, was insbesondere die Systeme Mittel-

Die Migrationsroute über Belarus in die EU⁶²



und Osteuropas unter sozioökonomischen Druck setzte. Russland nutzte diese Situation strategisch, um politische und wirtschaftliche Instabilität in diesen Ländern zu forcieren.

Europa muss auf diese neue Realität der hybriden Kriegsführung reagieren und seine Verteidigungs- und Sicherheitsstrategien anpassen, um diesen Bedrohungen wirksam zu begegnen. Es bedarf einer gemeinsamen europäischen Antwort, um der zunehmenden Nutzung von Migration als Druckmittel entgegenzuwirken. Gleichzeitig müssen die liberalen Werte der EU, einschließlich des Rechts auf Asyl und des Schutzes von Flüchtlingen, gewahrt bleiben. Es ist eine schwierige Aufgabe, aber eine, die Europa zur Wahrung seiner Sicherheit, Stabilität und seiner humanitären Verpflichtungen angehen muss.

Angesichts der großen Zahl an ukrainischen Flüchtlingen hat die EU die Richtlinie über den vorübergehenden Schutz aktiviert. Dieses Instrument ermöglichte es, Flüchtlingen sofortigen und kollektiven Schutz zu gewähren und gleichzeitig die Belastung der Asylsysteme der EU-Mitgliedstaaten zu mindern. Die ukrainischen Flüchtlinge, die unter dem Schutz dieser vorübergehenden Regelung stehen, haben Anspruch auf verschiedene Rechte. Dazu gehören eine Aufenthaltsgenehmigung, der Zugang zu Beschäftigungsmöglichkeiten, eine angemessene Unterbringung, medizinische Versorgung und Bildungseinrichtungen für Kinder. Im März 2023 haben schätzungsweise mehr als 4 Millionen Menschen den Schutz dieses Mechanismus in Anspruch genom-

men.⁶³ Diese Anzahl unterstreicht sowohl die Größe der humanitären Krise als auch die Bereitschaft der EU, ihrer Verpflichtung zur Aufnahme und Unterstützung von Flüchtlingen in Zeiten großer Not nachzukommen. Die aktuelle Krise zeigt nicht nur die Grenzen der EU-Politik und -Ressourcen auf, sondern auch die Notwendigkeit einer effektiven und koordinierten Reaktion.

Migration als Waffe

Zusammengefasst von Kelly Greenhill in ihrem Werk aus dem Jahr 2010, sowie in verschiedenen Werken erforscht, wirft dieser Begriff Licht auf eine der komplexesten und strategisch bedeutsamen Aspekte moderner geopolitischer Konflikte. Greenhill definiert instrumentalisierte Migration als die gezielte Manipulation von Bevölkerungsbewegungen zu politischen und militärischen Zwecken. Ihre Analyse identifiziert vier Hauptformen dieser manipulierten Migration als geopolitische Waffe, die jeweils unterschiedliche Ziele und Methoden aufweisen, aber jeweils auf die geopolitische Kriegsführung Russlands zurückzuführen sind:

(1) „Enteignung“ des Territoriums

Diese Form der instrumentierten Migration zielt darauf ab, bestimmte Bevölkerungsgruppen umzusiedeln, um deren Territorium in Besitz zu nehmen. Ein bezeichnendes Beispiel hierfür ist Russlands systematischer Versuch, Teile der ukrainischen Bevölkerung nach Russland umzusiedeln, einschließlich der Entführung von Kindern, um eine russische Identität in den besetzten Gebieten zu etablieren. Durch die Einführung des russischen Passes

und die Ernennung russischer politischer sowie militärischer Führungskräfte in diesen Gebieten versucht Moskau, seine Annexion zu legitimieren und die Kontrolle durch Russifizierungsprozesse zu verankern.

(2) „Exportierende Form“ von Migration

Diese Form betrifft die strategische Auslösung von Migrationswellen, um entweder die Kontrolle über ein Gebiet zu stärken oder die Kontrolle über ein von einem Gegner gehaltenes Gebiet zu untergraben. Das Verhalten von Belarus im Vorfeld des russischen Kriegs gegen die Ukraine, bei dem es eine Migrationswelle aus dem Nahen Osten in Richtung Polen und die baltischen Länder orchestrierte, nicht ohne die indirekte Unterstützung Russlands, dient als prägnantes Beispiel. Die Schaffung eines Migrationskorridors und die aktive Unterstützung bei der Überquerung der Grenzen durch die belarussischen Grenzschutztruppen zielten darauf ab, politische und sicherheitspolitische Instabilität in der EU zu schüren. Die Annahme, dass Belarus ohne russische Unterstützung nicht in der Lage gewesen wäre, diese Aktion durchzuführen, unterstreicht die Komplexität und das Ausmaß der Manipulation von Migrationsströmen.

(3) „Militarisierung“ von Migration

Diese Strategie beinhaltet die Störung oder Zerstörung der Befehls- und Kommandostrukturen eines Gegners durch die Vertreibung seines Personals, den Entzug des Zugangs zu wichtiger Infrastruktur oder die Überlastung seiner militärischen Kapazitäten. Obwohl Greenhill

dieses Konzept nicht durch ein spezifisches Beispiel illustriert, kann es in verschiedenen Konfliktzonen weltweit beobachtet werden, wo die Vertreibung der Zivilbevölkerung und die gezielte Zerstörung von Infrastruktur zu einer Taktik der asymmetrischen Kriegsführung geworden ist. So wurde auch die Übernahme der Krim durch den Einsatz von russischen Spezialkräften und die Zerstörung der ukrainischen Befehls- und Kommandostruktur vor Ort rasch möglich.

(4) „Erzwungenes Verhalten durch Migrationsdruck“

In dieser Kategorie werden Migrationsflüsse provoziert oder angedroht, um einen Gegner zu einem bestimmten Verhalten zu zwingen. Russlands Absicht, durch die Auslösung massiver Migrationswellen, verursacht durch den großflächigen Krieg in der Ukraine sowie durch militärische Konflikte in Subsahara-Afrika, Nordafrika und dem Nahen Osten, die sozioökonomischen Systeme in Zentral- und Osteuropa zu schwächen, fällt unter diese Kategorie. Gleichzeitig strebt Russland an, durch diese Migrationswellen Populismus und extreme politische Kräfte innerhalb der EU zu stärken, die oft eine prorussische Agenda verfolgen.

Ein aktuelles Beispiel für diese Form der instrumentalisierten Migration stellt Finnland dar. Das Land wirft Russland vor, illegale Migrant:innen gezielt an die fast 1.400 Kilometer lange Grenze zwischen den beiden Ländern zu schleusen, als Teil eines hybriden Angriffs.¹²⁶ Als Reaktion darauf hat die finnische Regierung alle acht Grenzübergänge geschlossen, eine Maßnahme, die aus

Gründen der „nationalen Sicherheit“ bis mindestens Mitte April aufrechterhalten wird. Diese Entscheidung stößt bei Nichtregierungsorganisationen auf Kritik, da sie das Leben hunderter Asylbewerber:innen gefährdet. Einige der betroffenen Migrant:innen, die nun im Dorf Joutseno nahe der Grenze untergebracht sind, berichten von Unterstützung durch die russische Politik und Armee, was ihre Reise erleichterte.

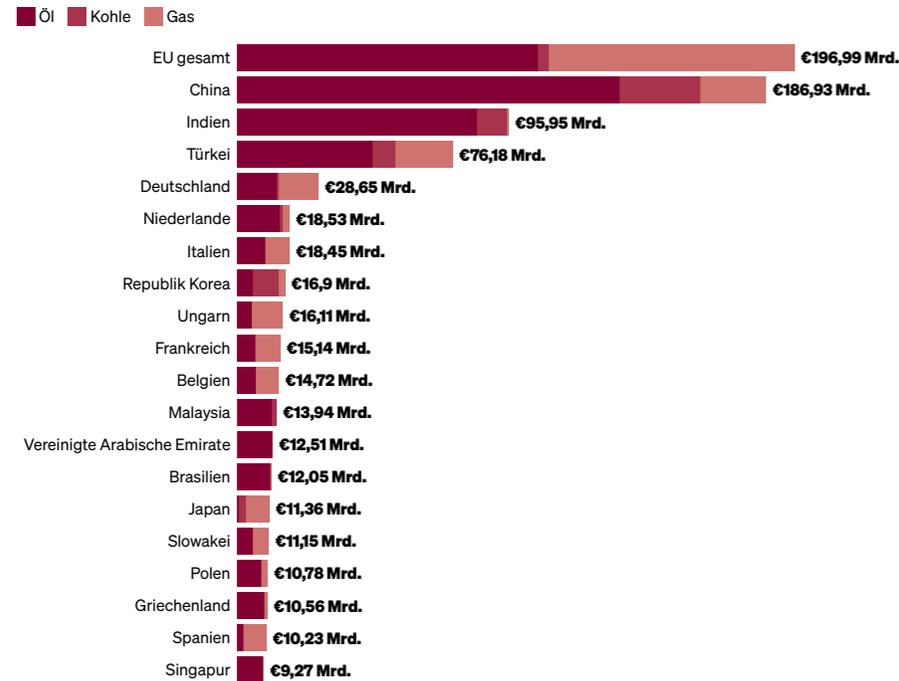
Diese Entwicklungen verdeutlichen die komplexen und angespannten Beziehungen an der finnisch-russischen Grenze, insbesondere im Kontext der finnischen Position gegenüber der russischen Invasion in der Ukraine und dem Status Finnlands als neues NATO-Mitglied. Die jüngste Schließung der finnisch-russischen Grenze, obwohl nicht explizit Teil des Regierungsprogramms, wird von einigen Beobachter:innen als Zeichen einer zunehmenden Verschärfung der finnischen Migrationspolitik gedeutet. Angesichts einer von Konservativen und Rechtspopulisten geführten Regierungskoalition, die eine Halbierung der Asylbewerber:innenquoten, eine Einschränkung des Schutzes für Asylbewerber:innen, eine Einschränkung der Familienzusammenführung und die Organisation gemeinsamer Rückführungsflüge mit anderen nordischen Ländern vorschlägt, spiegelt diese Entwicklung eine breitere Tendenz in Europa wider. In vielen europäischen Ländern erleben populistische und rechtsradikale Kräfte einen Aufschwung, angeheizt durch die wachsende Sorge vor unkontrollierter Migration. Diese Bewegung wird indirekt durch Russland gefördert, das „Aktive Maßnahmen“ ergreift, um politische Instabilität zu fördern und die Machtübernahme

von Kräften zu begünstigen, die eine russlandfreundliche Politik verfolgen könnten.

Die Analyse von Greenhill bietet einen tiefen Einblick in die vielschichtige Natur der modernen Geopolitik, in der Migration nicht nur als humanitäres oder sozioökonomisches Phänomen, sondern auch als ein mächtiges Instrument in der Auseinandersetzung zwischen Staaten betrachtet wird. Besonders alarmierend ist Boris Bondarews Hinweis auf die potenzielle Flüchtlingskrise mit Millionen von Ukrainerinnen, die durch eine weitere Eskalation des Kriegs gegen die Ukraine entstehen könnte.¹²⁷ Diese Zahl verdeutlicht die drastischen humanitären und geopolitischen Folgen einer Fortsetzung und Ausweitung des Kriegs, sollte die Ukraine keine militärische Unterstützung aus dem Westen mehr erhalten und die russischen Offensiven nicht mehr abwehren können. Die Möglichkeit einer derart massiven Fluchtbewegung stellt eine direkte Bedrohung für die Stabilität und Sicherheit Europas dar und unterstreicht die Dringlichkeit einer effektiven und kohärenten Reaktion auf den Krieg. Zudem erinnern die großen Migrationswellen und die weitreichenden Informationskampagnen Russlands, die bereits vor Kriegsausbruch tobten und mit dem Krieg noch intensiver wurden, eindrücklich an die vielfältigen Bedrohungen, mit denen sich heutige Gesellschaften in Europa konfrontiert sehen.

Größte Importeure fossiler Brennstoffe aus Russland

Seit Beginn des russischen Angriffskriegs am 24. Februar 2022 bis 12. Juli 2024



Grafik: Georg Lundström-Halbgebauer • Quelle: CREA Russia Fossil Tracker

AUSWIRKUNG AUF DIE EUROPÄISCHE SICHERHEITSPOLITIK

Russlands geopolitischer Ansatz im Zuge des sich abzeichnenden neuen kalten Kriegs manifestiert sich in drei wesentlichen Dimensionen und nutzt die systemische Rivalität zwischen den USA und China strategisch aus. Im Zentrum steht der fortwährende konventionelle Krieg gegen die Ukraine, der nicht nur die Souveränität und Existenz der Ukraine bedroht, sondern auch Russlands Ambitionen für eine trilaterale Union, einschließlich Belarus und den illegal besetzten ukrainischen Gebieten, vorantreibt.

Diese Aktion bedroht die ukrainische Unabhängigkeit tiefgreifend und strebt gleichzeitig nach einer engeren geopolitischen Anbindung an Russland durch eine erzwungene Integration. Parallel dazu zielt Russlands Vorgehen darauf ab, die europäische Sicherheitsarchitektur zu unterminieren. Trotz der Implementierung von vierzehn umfangreichen Sanktionspaketen gegen Moskau kann die europäische Gemeinschaft die russische Aggression weder eindämmen noch stoppen. Dieses strategische Unvermögen seitens der EU, entscheidend auf die russische Herausforderung zu reagieren, hat die geopolitische Relevanz Europas ernsthaft in Frage gestellt und seine Positionierung in der globalen Ordnung geschwächt, insbesondere mit Blick auf den sogenannten globalen Süden. Schließlich positioniert sich Russland geschickt im globalen Wettbewerb zwischen China und den USA. Indem Moskau die Konsequenzen seines Handelns in der Ukraine als Hebelwirkung nutzt, versucht es, seinen Einfluss und seine Bedeutung im zukünftigen geopolitischen Spiel zwischen diesen beiden Supermächten zu steigern. Russlands strategisches

Kalkül sieht vor, aus dem Konflikt gestärkt hervorzugehen und seine Position als unverzichtbarer Akteur in der internationalen Arena zu festigen, was die Balance zwischen den systemischen Rivalen potenziell verschieben könnte.⁶⁴

Vor diesem Hintergrund lassen sich die Schlüsseldimensionen der russischen Kriegsführung in drei strategische Dimensionen unterteilen:

Ein umfassender Krieg gegen die Ukraine⁶⁵

Russland zielt auf die vollständige politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Unterwerfung der Ukraine ab, mit dem langfristigen Ziel, dies innerhalb von 10 bis 15 Jahren durch umfassende Zerstörung zu erreichen. Der Aufbau einer russischen (gar nicht mehr sowjetischen) Union, die Belarus und die von Russland kontrollierten Teile der Ukraine umfasst, ist Teil dieses langwierigen Plans.⁶⁶ Dabei werden die mögliche Stationierung von Atomwaffen und weitere Russifizierungsmaßnahmen auf den ukrainischen Gebieten unter russischer Kontrolle in Betracht gezogen.

Sollte eine vollständige Unterwerfung nicht möglich sein, strebt Russland eine „Balkanisierung“ oder jegliche Spaltung des ukrainischen Territoriums an, um sie entlang eines neuen Eisernen Vorhangs zwischen der NATO-Ostflanke und Russland im geopolitischen Kontext des neuen Kalten Krieges zwischen den USA und China/Russland zu teilen. Ein Sieg für Russland in dieser Phase der Kriegsführung könnte weitere territoriale Ambitio-

nen in Richtung Odesa und Kyjiw, gefolgt von Transnistrien (Republik Moldau), Südossetien und Abchasien (Georgien), sowie langfristig sogar Provokationen gegen das Baltikum nach sich ziehen. Daraus schließt sich, dass es um einen langwierigen revisionistischen und großmachtbezogenen Plan geht, der in mehreren Stufen erfüllt werden könnte.

Untergrabung der europäischen Sicherheitsordnung

Russland beabsichtigt, die EU geopolitisch und geoökonomisch zu bekämpfen, indem es die europäische Sicherheitsarchitektur schwächt und in weiterer Folge zerstört. Dies geschieht durch die Lähmung internationaler Institutionen (wie beispielsweise die OSZE), die Aushöhlung europäischer und internationaler Vertragsregime und das Schaffen bzw. die Förderung eines Sicherheitsvakuum an den europäischen Peripherien. Russland nutzt auch seine Einflussnahme auf politische Kräfte innerhalb der EU, sowohl im rechten als auch im linken politischen Spektrum, um westliche Prinzipien, Normen und Werte zu untergraben, und führt zugleich einen geoökonomischen Krieg durch die Instrumentalisierung von Rohstoffabhängigkeiten als geopolitische Waffe. Nicht zuletzt sollten auch neue Migrations- und Flüchtlingsströme das europäische Wohlstandssystem aushöhlen, bedingt durch den lang andauernden Krieg in der Ukraine sowie andere militärische Konflikte (z.B. im Nahen Osten und Afrika), und die politische Lage in den EU-Ländern auf diese Art und Weise destabilisieren.

Kalter Krieg 2.0 zwischen den USA und dem Drachentier (Russland und China)

Der Krieg gegen die Ukraine markiert den Beginn eines neuen Kalten Kriegs⁶⁷ zwischen den USA und der Russland-China-Achse (Drachentier)⁶⁸. Russland positioniert sich als Joker („wild card“), um seinen Einfluss in der systemischen Rivalität zwischen den USA und China zu maximieren.⁶⁹ Die strategische Koordination zwischen Russland und China hat sich in Schlüsselbereichen wie Energie, Rohstoffen, Verteidigung sowie in internationalen und regionalen Organisationen, Handel und Wirtschaft als ein Modus vivendi etabliert.⁷⁰

Hierbei versucht China aktiv, jede geopolitische Annäherung zwischen Russland und den USA zu unterbinden. Die bevorstehenden US-Präsidentenwahlen könnten, je nach Wahlausgang im November, die Position Russlands stärken und gleichzeitig die Position Europas weiter schwächen.⁷¹ Darüber hinaus setzt Russland effektiv Informationskampagnen im globalen Süden ein, um die Narrative zu verbreiten, dass die NATO-Osterweiterung als primärer Auslöser des Kriegs anzusehen sei und die westliche Sanktionspolitik als Hauptgrund für die weltweite Hungersnot. Durch diese Strategie zielt Russland darauf ab, die internationale Meinung zu seinen Gunsten zu beeinflussen und die Verantwortung für die Konsequenzen des Kriegs und die daraus resultierenden globalen Krisen von sich zu weisen. Diese Informationskampagnen sind Teil einer umfassenderen hybriden Kriegsführung, die darauf ausgerichtet ist, Spaltungen innerhalb der internationalen Gemeinschaft zu vertiefen

und Unterstützung für die russische Position zu gewinnen. Durch die Fokussierung auf den globalen Süden versucht Russland, die traditionell westlich orientierte internationale Ordnung herauszufordern und gemeinsam mit China eine breitere Koalition von Staaten zu schmieden, die gegen die wahrgenommenen hegemonialen Bestrebungen des Westens Widerstand leisten.

Der Krieg gegen das westliche Werte-System stellt die innere Sicherheit der EU auf die Probe, während der ökonomische Krieg Europa in einer sich rapide verändernden globalen Landschaft verwundbar macht. Die Rede des deutschen Bundeskanzlers Olaf Scholz über die „Zeitenwende“⁷² im Februar 2022 markierte eine bedeutende Veränderung in der deutschen und europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. Zwei Jahre später ist jedoch noch unklar, wie groß diese Veränderung ist und was sie wirklich bedeutet, da die deutsche Politik und Bürokratie nur langsam vorankommen. Die Zurückhaltung Berlins, die Führung zu übernehmen, zeigte sich in seiner Zögerlichkeit, die Lieferung von Panzern und später Militärjets und gegenwärtig Taurus-Systemen an die Ukraine zu garantieren. Mit einer weiteren großen Eskalation, die bis Ende 2024 droht, ist eine schnelle und angemessene Reaktion seitens Europas entscheidend. Leider weist Europa aber eine Vorgeschichte von reaktiven Ansätzen auf, bis Einheit erreicht ist, wie beispielsweise die Lieferung von F-16-Militärjets an die Ukraine zeigt. Die letzte ukrainische Gegenoffensive wurde 2023 aufgrund der allgemeinen Defizite in der notwendigen militärischen Ausrüstung verzögert. Dies unterstreicht ein wiederkehrendes Problem: Westliche Mächte kämp-

fen oft mit innenpolitischen Themen und sind sich nicht immer in geopolitischen Fragen einig, was es schwieriger macht, auf externe Sicherheitsbedrohungen zu reagieren. Trotz dieser Herausforderungen hat Europa eine beeindruckende Koordinations- und Kohärenzleistung in Reaktion auf Russlands Krieg gegen die Ukraine gezeigt. Die Fähigkeit der EU, vierzehn Sanktionspakete umzusetzen und der Ukraine diplomatische, politische und humanitäre Hilfe zu leisten, belegt dies.⁷³ Aber es gab Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mitgliedstaaten, die hauptsächlich auf ihre Abhängigkeit von russischen Rohstoffen, ihre nationalen Interessen und ihre innenpolitischen Probleme zurückzuführen waren. Länder wie Österreich, Ungarn und Deutschland waren stark betroffen. Auch innenpolitische Themen haben die Entscheidungsfindung beeinflusst, wie beispielsweise, als Österreich aufgrund einer innenpolitischen Kampagne zur Migrationspolitik die Aufnahme Bulgariens und Rumäniens in den Schengen-Raum mit einem Veto verhinderte. Bei verschiedenen Sanktionspaketen mussten Ausnahmen gemacht werden, die von der Diversifizierung der Energiequellen bis zur Ausweisung russischer Diplomaten reichten. Die öffentliche Meinung in Europa war ein weiterer spaltender Faktor, wobei die Regierungen die Skepsis ihrer Bürger:innen hinsichtlich einer Beteiligung an einem militärischen Konflikt berücksichtigen mussten. Die Uneinigkeit unter den EU-Mitgliedstaaten hat ihre Wurzeln in den historischen, diplomatischen, geoökonomischen und kulturellen Verbindungen, die einige europäische Länder mit Russland haben. Frankreich und Deutschland zum Beispiel bemühten sich in den letzten Jahren um eine geopolitische Annäherung an Moskau

und arbeiteten an der Normalisierung der Beziehungen zu Moskau, bevor der Krieg begann.⁷⁴

Seit dem Ausbruch des Kriegs in der Ukraine am 24. Februar ist die europäische Debatte über die „strategische Autonomie“ neu entflammt. Ohne die unmittelbare Unterstützung der USA, die in der Anfangsphase Waffen und andere Hilfsgüter bereitstellten, hätte die Ukraine dem massiven militärischen Angriff Russlands wahrscheinlich nicht standhalten können. Dies verdeutlicht, dass Europa in Konfliktsituationen weiterhin auf das Eingreifen der USA angewiesen ist, und zeigt, dass man in Europa noch nicht in der Lage ist, kriegerische Angriffe auf den eigenen Kontinent eigenständig abzuwehren. Diese Tatsache wurde durch die Entscheidung Schwedens und Finnlands unterstrichen, eine NATO-Mitgliedschaft anzustreben, was für diese zuvor neutralen Länder einen bedeutsamen Wandel darstellt. Diese Entwicklung könnte einen Wendepunkt in der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik darstellen, da sich immer mehr Mitgliedstaaten auf die Zusicherungen der USA und NATO stützen, anstatt auf jene der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU.

Mit dem Beitritt von Schweden und Finnland zur NATO ist es zu einer signifikanten Machtverschiebung in Europa gekommen, die das geopolitische Gewicht Polens, der baltischen und skandinavischen Staaten erhöhen könnte. Infolge dessen könnte Deutschlands „Zeitenwende“ – das Ziel, 100 Milliarden Euro in die Verteidigung zu investieren – durch Polen überholt werden, da

es derzeit erfolgreicher darin scheint, ebenfalls 100 Milliarden Euro für neue Verteidigungsgüter auszugeben.⁷⁵

In der aktuellen geopolitischen Krise, die durch den russischen Krieg gegen die Ukraine entfacht wurde, zeichnen sich auch divergierende Positionen zwischen Frankreich und Deutschland ab, die auf unterschiedliche strategische Ansätze und nationale Interessen hindeuten.⁷⁶ Frankreich unter Präsident Macron positionierte sich neulich als aktiver Unterstützer der Ukraine und zeigte sich offen für den Einsatz westlicher Truppen sowie für eine umfassende militärische und finanzielle Unterstützung, was Macrons Entschlossenheit widerspiegelt, Europa gegenüber der russischen Aggression zu verteidigen und die europäische Sicherheitsarchitektur zu stärken. Macron plädierte für strategische Ambiguität, um die Flexibilität in der Reaktion zu bewahren, und setzte sich für eine Erhöhung der militärischen Unterstützung, einschließlich der Bildung einer Koalition zur Bereitstellung von Mittel- und Langstreckenwaffen, ein. Im Gegensatz dazu verfolgt Deutschland unter Bundeskanzler Scholz eine zurückhaltendere Strategie, die durch klare rote Linien und eine anfängliche Zurückhaltung bei der Lieferung fortschrittlicher Waffen gekennzeichnet ist. Scholz' Politik scheint durch innenpolitische Erwägungen beeinflusst zu sein, insbesondere angesichts des Erstarkens der AfD und bevorstehender Wahlen, was zu einer Behinderung der Unterstützungspolitik für die Ukraine führt. Die unterschiedlichen Herangehensweisen Frankreichs und Deutschlands spiegeln nicht nur ihre individuellen Staatsansätze wider, sondern werfen auch Fragen bezüglich der Kohärenz und Effektivität der euro-

päischen Reaktion auf die russische Aggression auf. Unterdessen hat Russlands mehrschichtiger Krieg Europa in eine Reihe von Krisen gestürzt, von steigender Inflation aufgrund von Lebensmittel- und Energieknappheit sowie Inflation bis hin zu wachsenden Ängsten vor neuen Migrationswellen, Drohungen mit dem Einsatz von Atomwaffen und nuklearen Katastrophen inmitten eines anhaltenden Informationskriegs. Einige Analyst:innen verwenden inzwischen den Begriff „Permakrise“, um die derzeitige Situation zu beschreiben, da jedes gelöste Problem schnell durch ein neues ersetzt zu werden scheint, was den europäischen Entscheidungsprozess ständig infrage stellt.⁷⁷ Dieses Konzept ersetzt den früheren Begriff „Polykrise“.⁷⁸

Russland bleibt entschlossen, die Ukraine durch einen militärischen Sieg zu unterwerfen und somit die vollständige Kontrolle über das Land, seine Ressourcen und seine Bevölkerung zu erlangen. Die Ukraine hingegen strebt danach, die russischen Streitkräfte von ihrem gesamten Territorium zu vertreiben und ihre Präsenz dauerhaft zu beenden. In dieser Pattsituation wird die Ukraine weiterhin auf die andauernde militärische, finanzielle, humanitäre und diplomatische Unterstützung des Westens angewiesen sein. Bei den NATO-Gipfeltreffen in Vilnius und kürzlich in Washington wurde der Ukraine diese umfassende und andauernde Unterstützung zugesichert, allerdings keine Einladung zur Mitgliedschaft ausgesprochen. Indem nur eine mögliche zukünftige NATO-Mitgliedschaft der Ukraine, begleitet von zwei bedingten Vorbehalten, genannt wurde, implizierte die NATO, dass die Erfüllung der Bedingungen (ohne

genaue Angaben, wie Präsident Selenskyj ebenfalls betonte) und die Entscheidung der Staats- und Regierungsspitzen erforderlich sind, um den Beitrittsprozess auf unbestimmte Zeit zu verschieben.⁷⁹ Infolge des vermeintlichen Drucks seitens der Vereinigten Staaten und insbesondere Deutschlands, hat die NATO ein Signal der politischen Schwäche an den Kreml gesendet, welches den Verdacht aufkommen lässt, dass Verhandlungen mit Russland zu einem späteren Zeitpunkt nicht abgeschlossen werden könnten.⁸⁰ Um dies zu korrigieren, hat die NATO vor ihrem 75-jährigen Jubiläum verkündet, einen Finanzierungsfonds für die Ukraine mit einem Volumen von mehr als 100 Milliarden Euro ins Leben rufen zu wollen.⁸¹ Beschlossen wurden beim NATO-Gipfel in Washington 40 Milliarden Euro.⁸² Russland hingegen, wird sich weiterhin auf seine Partner wie China, Indien und die Türkei verlassen, um den umfassenden westlichen Sanktionen zu entgehen und eine internationale Isolation zu vermeiden. Gleichzeitig wird Moskau ferner militärische Unterstützung von Partnern wie dem Iran, Belarus und sogar China erhalten.

Diese Dynamik unterstreicht die Notwendigkeit eines fortgesetzten internationalen Engagements und einer soliden Unterstützung für die Ukraine. Die Art dieses Kriegs und die Ziele beider Seiten legen nahe, dass eine Lösung eine vielschichtige Strategie erfordert, die über militärische und wirtschaftliche Unterstützung hinausgeht. Seit Beginn des Kriegs stand Russland vor zwei Szenarios: einem kurzen und einem langwierigen Krieg, während die Ukraine nur zwischen Krieg und völliger Unterwerfung wählen kann. Der Krieg hat somit

nicht nur Auswirkungen auf die Zukunft der Ukraine und Russlands, sondern ist auch von zentraler Bedeutung für die Zukunft der europäischen Sicherheitsordnung. Die europäische Bevölkerung auf dem alten Kontinent glaubt immer noch vorwiegend, dass sie zwischen Krieg und Frieden wählen kann, und ignoriert dabei die tiefgreifende Erosion der etablierten Sicherheitsnormen und -regeln in Europa. Dieser nichtkinetische Krieg hat die Verwundbarkeit der europäischen Staaten offenbart und die Dringlichkeit robuster kollektiver Verteidigungsmechanismen und strategischer Autonomie deutlich gemacht, insbesondere in wichtigen Bereichen wie Energie, Nahrungsmittelsicherheit und Verteidigungsfähigkeit.

Vor diesem Hintergrund hat die Bifurkation (Zweiteilung) des globalen Systems durch den eskalierenden Systemkonflikt zwischen den USA einerseits und China und Russland andererseits immense Auswirkungen auf die sich wandelnde internationale Ordnung sowie die europäische Sicherheitsarchitektur.⁸³ Diese Dynamik zwingt Russland dazu, sich neu zu positionieren und nach einer einflussreichen Position in der entstehenden globalen Neukalibrierung der Machtverhältnisse zu streben. Russlands Krieg gegen die Ukraine ist auch ein geopolitischer Ausdruck eines neuen Szenarios des Kalten Kriegs 2.0, in dem alle wichtigen regionalen Akteure einen Balanceakt zwischen den USA und China vollziehen, um sich nicht in binäre Entscheidungen zu verstricken.⁸⁴ Russland verlagert dabei langsam, aber sicher seinen Fokus von der geoökonomischen Verflechtung mit Europa hin zum indopazifischen Raum. Denn es geht davon aus, dass diese Region das Epizentrum

eines bedeutenden Wirtschaftswachstums und ein wichtiger Zukunftsmarkt für russische Rohstoffe sein wird. Darüber hinaus strebt Präsident Putin an, die russische „Einflusssphäre“ in Osteuropa zu vervollständigen, indem er die Ukraine komplett unterwirft und die europäische Sicherheitsarchitektur aus den letzten dreißig Jahren zerstört. Dies würde das geopolitische Kräftegleichgewicht innerhalb der europäischen Sicherheitsordnung zugunsten Russlands verschieben.

LIBERALE ANTWORTEN

Um die vielschichtigen Auswirkungen auf die europäische Wirtschaft, Energiesicherheit und politische Stabilität zu bewältigen, müssen die politischen Entscheidungsträger:innen und Institutionen ihre Anstrengungen wirksam bündeln.

Maßnahmen wie die von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen „Next Generation EU“, die EU-Batterieverordnung, die europäische Halbleitergesetzgebung und der europäische Green Deal sind effektive institutionelle Vorgehensweisen, um einige der gegenwärtigen Herausforderungen zu bewältigen und Chancen zu nutzen. Klar ist, dass kein einziges europäisches Land für sich – ob groß oder klein – diese Herausforderungen allein bewältigen kann. Ohne eine umfassende und nachhaltige Lösung könnte Europa in der geopolitischen Arena marginalisiert werden.

Die Bewältigung der von Wladimir Putin ausgehenden Herausforderungen und Risiken aus einer liberalen Perspektive erfordert einen umfassenden Ansatz, der sich für universelle Werte, Menschenrechte, wirtschaftlichen Liberalismus und eine demokratische politische Ordnung einsetzt. Dies beinhaltet die Stärkung bestehender Bündnisse mit demokratischen Ländern innerhalb und außerhalb Europas und den Aufbau neuer Beziehungen und Partnerschaften, getragen von gemeinsamen Werten wie Demokratie, Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und dem Engagement für eine liberale internationale Ordnung. Darüber hinaus stellen Sanktionen ein wirksames Instrument dar, um einen wirtschaftlichen Druck auf Putins Kriegsmaschinerie auszuüben. Gleich-

zeitig müssen Länder, die von Putins Politik in Mitleidenschaft gezogen werden, tatkräftig unterstützt werden. Dies kann verschiedene Formen annehmen, einschließlich militärischer Hilfe, wirtschaftlicher Unterstützung und humanitärer Hilfe.

In einer immer stärker zerrissenen Welt muss man sich für die Vorteile einer liberalen Wirtschaftsordnung und der Wiederbelebung der Globalisierung einsetzen, einschließlich eines offenen und fairen Handels, wirtschaftlicher Integration und Zusammenarbeit und Ablehnung von umfassenden protektionistischen Maßnahmen. Gleichzeitig sollten Maßnahmen ergriffen werden, um die potenziellen Schattenseiten der Globalisierung, wie wirtschaftliche Ungleichheit und Arbeitsplatzverluste, die gesellschaftliche Unzufriedenheit fördern und Unterstützung für autoritäre und populistische Lösungen begünstigen, zu bekämpfen. Angesichts der Tatsache, dass Wladimir Putin Energieressourcen und Nahrungsmittel als geopolitische Instrumente einsetzt, sollte die Diversifizierung von Energie- und Lebensmittelquellen und -lieferanten sowie die Verlagerung von Lieferketten für wichtige Rohstoffe Priorität haben. Investitionen in erneuerbare Energien und andere saubere Technologien können die Abhängigkeit von russischer Energie und chinesischen Rohstoffen verringern und zugleich zur Erreichung der Klimaziele beitragen.

In Anbetracht der Bedrohung durch russische Cyberangriffe und Desinformationskampagnen ist es von entscheidender Bedeutung, in die Stärkung der Cyberabwehr und die Förderung von Medienkompetenz

in der Öffentlichkeit zu investieren. Ziel sollte es sein, widerstandsfähige Gesellschaften aufzubauen, die diesen Bedrohungen in einem zunehmend verwundbaren Informationsraum widerstehen können. Trotz der Herausforderungen und Risiken, die von Putins Kriegsführung ausgehen, ist es wichtig, Kommunikationskanäle auf militärischer Ebene mit Russland offen zu halten, um Spannungen zu bewältigen und vor allem Missverständnisse und Fehleinschätzungen zu vermeiden, die zu einer unvorhersehbaren Eskalation des Krieges führen könnten. Angesichts dieser umfassenden Herausforderungen ist es für liberale Demokratien wichtig, geeint und ihren Werten treu zu bleiben und gleichzeitig Stärke und Widerstandsfähigkeit nach außen zu zeigen. Die liberalen Antworten lassen sich wie folgt zusammenfassen⁸⁵:

- **Verteidigung und Förderung der liberalen Werte:** Liberale Demokratien sollten sich dazu verpflichten, die Grundwerte von Freiheit, Gleichheit und Respekt für die Rechte des Einzelnen zu schützen und zu fördern. Dies beinhaltet den Schutz der Menschenrechte, die Förderung der Rechtsstaatlichkeit, die Gewährleistung der Meinungsfreiheit und die Wahrung der demokratischen Prozesse.
- **Stärkung der internationalen Zusammenarbeit:** Eine multilaterale Zusammenarbeit ist entscheidend, um die Herausforderungen zu bewältigen, vor denen wir stehen. Dies beinhaltet die Stärkung der internationalen Institutionen, die Förderung von Frieden und Sicherheit, die Bekämpfung des Klimawandels, die

Unterstützung von Entwicklungsländern und die Bekämpfung globaler Ungleichheiten.

- **Resilienz gegenüber äußeren Bedrohungen:** Die Förderung von Resilienz gegenüber externen Bedrohungen, einschließlich militärischer Aggression, Cyberangriffe, Desinformationskampagnen und wirtschaftlichen Drucktaktiken, ist entscheidend. Dies beinhaltet die Stärkung der Verteidigungs- und Sicherheitsstrukturen, die Verbesserung unserer Fähigkeiten zur Cyberabwehr und die Förderung der Informationskompetenz.
- **Wirtschaftliche Diversifikation und Nachhaltigkeit:** Liberale Demokratien sollten sich bemühen, ihre Volkswirtschaften zu diversifizieren und nachhaltiger zu gestalten. Dies beinhaltet die Förderung von Innovationen und Technologien, die Unterstützung von grünen und erneuerbaren Energien, die Verringerung der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen und die Förderung eines fairen und gerechten Wirtschaftswachstums.
- **Unterstützung der Zivilgesellschaft:** Liberale Demokratien sollten die Rolle der Zivilgesellschaft als wertvollen Partner bei der Förderung von Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit anerkennen und unterstützen. Dies beinhaltet die Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen, die Förderung des freiwilligen Engagements und die Stärkung der Rolle der Zivilgesellschaft in der politischen Entscheidungsfindung.

- **Offenheit und Transparenz:** Liberale Demokratien sollten sich dazu verpflichten, ihre Prozesse und Entscheidungen transparent und verantwortlich zu gestalten. Dies beinhaltet die Gewährleistung des Zugangs zu Informationen, die Förderung der Transparenz in der Regierungsführung und die Gewährleistung, dass die Regierung rechenschaftspflichtig und ihren Bürger:innen gegenüber verantwortlich ist.
- **Stärkung von Bildung und Medienkompetenz:** Angesichts der zunehmenden Desinformationskampagnen und der sich ständig weiterentwickelnden digitalen Landschaft ist Bildung und Medienkompetenz von entscheidender Bedeutung. Es ist wichtig, Bürger:innen die Fähigkeiten zu vermitteln, Informationen kritisch zu bewerten, Falschinformationen zu erkennen und verantwortungsbewusst an digitalen Aktivitäten teilzunehmen.

Diese Antworten sind nicht nur als Reaktion auf die unmittelbaren Bedrohungen gedacht, sondern sollten als langfristige Strategie zur Stärkung und Verbesserung liberaler Demokratien in einer sich schnell verändernden Welt dienen.



LIBERALE ANTWORTEN	BESCHREIBUNG
Stärkung der europäischen Energie- und Ernährungssicherheit	Verringerung der Abhängigkeit von russischer Energie, Nahrungsmitteln und Düngemitteln durch beschleunigte Umstellung auf erneuerbare Energiequellen, Diversifizierung des Energiemixes und Sondierung von Optionen für den Import von Energie aus einem breiteren Spektrum von Ländern sowie Diversifizierung eines breiten Spektrums von Nahrungsmittelrohstoffen.
Solidarität und Hilfe für die Ukraine	Man sollte neben makroökonomischer und militärischer Hilfe auch umfassende Finanzhilfe, humanitäre Hilfe sowie Unterstützung für Kriegsflüchtlinge bereitstellen. Die Unterstützung kann in Form von direkter Hilfe für die Ukraine oder durch internationale Organisationen, die in der Region tätig sind, erfolgen.
Stärkung der europäischen Verteidigungskapazitäten	Man sollte einen robusten, einheitlichen europäischen Verteidigungsmechanismus stärken und vorantreiben. Dazu gehören eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den EU-Ländern im Verteidigungsbereich (PESCO) und die Gewährleistung eines fairen Beitrags zu den gemeinsamen Verteidigungsausgaben.
Förderung von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten	Man sollte auch in Zeiten von Konflikten und Krieg konsequent für das Völkerrecht, die Menschenrechte und die demokratischen Grundsätze eintreten. Dazu gehört, dass Russland für alle Verstöße gegen das Völkerrecht zur Rechenschaft gezogen und die Untersuchung und Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen unterstützt werden.
Unterstützung der demokratischen Bestrebungen der osteuropäischen Staaten	Man sollte alle Bestrebungen der Ukraine und anderer osteuropäischer Staaten, der EU und der NATO beizutreten, aktiv unterstützen, sofern sie alle Kriterien erfüllen. Dazu gehört das Eintreten für ihre Aufnahme in die EU und die Bereitstellung technischer Hilfe während des Beitrittsprozesses.

Tabelle 1: Liberale Antworten (eigene Tabelle)

SZENARIEN UND AUSBLICK

Szenarien

Die drei strategischen Komponenten – westliche Hilfeleistung, Sanktionspolitik und internationale Isolation – spielen eine entscheidende Rolle bei der Entwicklung der möglichen Szenarien im russischen Krieg gegen die Ukraine seit 2022. Sie bilden auch den Rahmen für die Analyse potenzieller geopolitischer Entwicklungen und sicherheitspolitische Trendprojektionen für das Jahr 2024 und darüber hinaus. Die Dynamik dieser Faktoren bietet wichtige Einblicke in die möglichen Richtungen, die der Krieg nehmen könnte.

Westliche Militärhilfe für die Ukraine

Die signifikante Reduzierung der westlichen Militärhilfe im Jahr 2023, verglichen zum Vorjahr, mit einem Rückgang der zugesagten Hilfe von 90 Prozent zwischen August und Oktober 2023 im Vergleich zum gleichen Zeitraum 2022,⁸⁶ stellte eine erhebliche Herausforderung für die Ukraine dar. Die Verzögerungen bei der Lieferung von militärischen Hilfsgütern, die im Vorjahr zugesagt wurden, erschwerten die Kriegsvorbereitungen und die Gegenoffensive der Ukraine im vergangenen Jahr zusätzlich. Auch gegenwärtig braucht die Ukraine dringend mehr Munition, Artillerie, Drohnen und Luftabwehrsysteme.

Einige positive Entwicklungen, wie beispielsweise die Zusagen für Munitionslieferungen aus der Tschechischen Republik und Estland oder die beschlossene Militärhilfe der NATO in Höhe von 40 Milliarden Euro, geben etwas Hoffnung für dieses Jahr.⁸⁷ Eine neue Mobilisierungswelle muss unbedingt erfolgen – dabei hat

die Ukraine bereits das Mindestalter von 27 auf 25 Jahre gesenkt.⁸⁸ Es wird auch die Lieferung von F-16-Militärjets und weiteren Waffensystemen erwartet.

Die EU-Kommission hat inzwischen den Übergang zur Kriegswirtschaft gefordert.⁸⁹ Der französische Präsident Emmanuel Macron hat auch eine Debatte über den Einsatz westlicher Truppen in der Ukraine ausgelöst, die allerdings wenig positive Resonanz bei anderen NATO-Mitgliedern nach sich zog.⁹⁰ Währenddessen stützt sich Russland weiterhin auf schnelle Munitionslieferungen aus Nordkorea und Drohnen aus dem Iran. Im Jahr 2023 hat die Ukraine ihren größten Erfolg mit Drohnenangriffen auf russische Schiffe im Schwarzmeerraum erzielt und dadurch die russische Blockade im Schwarzen Meer durchbrochen. In der Zwischenzeit greifen ukrainische Drohnen trotz amerikanischer Warnungen⁹¹ kontinuierlich russische Ölraffinerien an. Das Fehlen eines politischen Willens unter europäischen Regierungen, die Munitionsproduktion zu steigern und weitere kritische Waffensysteme zu liefern, könnte bis Ende 2024 zu einer Schwächung der ukrainischen Positionen an der Frontlinie führen. Angesichts der ausbleibenden Hilfeleistung hat Präsident Wolodymyr Selenskyj sogar vor einer Niederlage seines Landes gewarnt.⁹² Zugleich könnte Russland seine militärische Stärke wahrscheinlich viel schneller als ursprünglich vermutet wiederherstellen, und zwar mit Hilfe von China, Nordkorea und dem Iran.⁹³

Westliche Sanktionen

Die EU hat mit der Ausarbeitung von 14 Sanktionspaketen⁹⁴ und der umfassenden Entkopplung von russischen Rohstoffen einen signifikanten Ansatz gegenüber Russland umgesetzt. Die westlichen Sanktionen haben die russische Wirtschaft im vergangenen Jahr beeinträchtigt, was dazu führte, dass die Einnahmen aus dem Nicht-Energie-Sektor nunmehr deutlich profitabler sind als jene aus den traditionellen Einnahmequellen Öl und Gas.⁹⁵ Russlands Fähigkeit, sich durch die Umstellung auf eine Kriegswirtschaft und den Einsatz einer Schattenflotte zur Bedienung der Nachfrage aus asiatischen Ländern anzupassen, zeigt jedoch, dass das Land resiliente Mechanismen entwickelt hat, um den Effekten der Sanktionen entgegenzuwirken. Obwohl die Sanktionen zweifellos ihre Wirkung haben, reichen sie allein nicht aus, um Russlands militärische Kapazitäten entscheidend zu untergraben. Trotz Sanktionen hat Russland seine Wirtschaft durch eine Kriegswirtschaft und eine Schattenflotte für Öllieferungen gestärkt, wobei die Handelsbeziehungen zu Ländern wie China und Indien zu einem signifikanten Wirtschaftswachstum im ersten Quartal 2024 beigetragen haben. Der Öl- und Gassektor verzeichnete überraschend einen Anstieg der Einnahmen um fast 80 Prozent gegenüber dem gleichen Quartal im Vorjahr.⁹⁶ Auch der Nicht-Energiesektor erlebte einen deutlichen Einnahmewachstum, was auf eine Korrelation mit dem starken Wirtschaftswachstum hindeutet.⁹⁷ Dieses Wachstum ermöglichte es Russland, schnell seine militärischen Kapazitäten wiederherzustellen, unterstützt durch Handel mit Europa über Drittsta-

ten, der die westlichen Sanktionen umgeht, sowie durch gestiegene Nachfrage und Preise für russische Rohstoffe. Zudem konnten russische Unternehmen diversifizieren und die inländische Produktivität steigern.

Internationale Isolation

Die westlichen Versuche, Russland international zu isolieren, stoßen auf erhebliche Widerstände. Russland verfügt weiterhin über ein wirksames internationales Netzwerk und hat seine diplomatischen Bemühungen mit Schlüsselakteuren wie China und Indien sowie mit Schwellenländern wie der Türkei, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Brasilien intensiviert. Diese Partnerschaften haben dazu beigetragen, die Wirkung westlicher Sanktionen zu mildern, und bieten Russland Diversifizierungsmöglichkeiten im globalen Handel. Zudem konnte der Westen die Darstellung Russlands über die Ursachen des Kriegs im globalen Süden nicht effektiv bekämpfen, was zur Unterstützung der russischen Sichtweise durch einige Länder führte. Der Konflikt zwischen Israel und der Terrororganisation Hamas seit dem Angriff am 7. Oktober 2023 und die darauffolgende Eskalation zwischen Israel und dem Iran haben die internationale Gemeinschaft weiter gespalten, wobei Russland und China sowohl die palästinensische Seite als auch den Iran unterstützen, während der Westen größtenteils Israel unterstützt, was zu Vorwürfen der Doppelmoral von vielen Vertreter:innen des globalen Südens gegenüber Europa geführt hat.⁹⁸

In diesem Zusammenspiel von drei strategischen Hauptkomponenten macht sich auch die Trendprojektion für

den möglichen Ablauf des russischen Kriegs gegen die Ukraine mit allen Begleiterscheinungen geoökonomischer und geopolitischer Natur bemerkbar. Angesichts der aktuellen Kriegsphase und der damit verbundenen sicherheitspolitischen Herausforderungen und Unsicherheiten lassen sich drei Hauptkriegsszenarien folgendermaßen aktualisieren, wobei deren Realisierung nicht nur durch das benannte Zusammenspiel beeinflusst wird, sondern auch von einer Vielzahl unbekannter Variablen abhängt.

Szenario 1: Ukrainischer Erfolg durch das Zusammenspiel von westlichen Sanktionen, umfassender Unterstützung und internationaler Isolation

In diesem Szenario gelingt es der Ukraine, die russischen Streitkräfte bis Ende 2024 und darüber hinaus aus einem großen Teil ihres Territoriums zu verdrängen. Die Ukraine mobilisiert erfolgreich mindestens 400.000 Truppen und erhält umfangreiche militärische Unterstützung, darunter Langstreckenraketen, Abwehrsysteme, Munition, Artillerie und neue Drohnen, was eine neue Offensive im Süden (Cherson-Region) ermöglicht. Im Zuge dieser Offensive greift die Ukraine erneut die Kertsch-Brücke an, nutzt Raketen und Drohnenangriffe, um Truppen auf die Krim zu bringen und die Halbinsel zurückzugewinnen. Die gezielten Drohnenangriffe auf die kritische russische Infrastruktur führen innerhalb Russlands zu Instabilität und Unruhen. Diese ukrainische Initiative ermöglicht die Befreiung von Cherson und in weiterer Folge Saporischja bis zur Krim, während die Vorbereitungen auf die weiteren Gegenoffensiven im Jahr 2025 getroffen werden.

In der Zwischenzeit ist die EU auf Kriegswirtschaft umgestiegen und kann ausreichend Kriegsmaterial produzieren, um die Ukraine bei ihren militärischen Erfolgen umfassend zu unterstützen. Die Verschärfung westlicher Sanktionen könnte in diesem Kontext zu einem wirtschaftlichen Zusammenbruch in Russland führen oder sogar politische Unruhen innerhalb der Russischen Föderation auslösen, verstärkt durch die steigende internationale Isolation Russlands und gekoppelt an

die ukrainischen Erfolge. Die politischen Unruhen und Unzufriedenheit, ähnlich wie nach Prigoschins Meuterei⁹⁹ im letzten Jahr und Nawalnys Tod 2024¹⁰⁰ häufen sich innerhalb der Eliten und der Gesellschaft in Russland an. Die internationalen Partner erhöhen den Druck auf Russland, um eine rasche Beendigung des Krieges zu erreichen, angesichts der deutlich spürbaren geoökonomischen Auswirkungen auf die Rohstoffpreise und die globalen Märkte. Dieses Szenario bleibt aus heutiger Sicht eher unwahrscheinlich, da viele Variablen auf eine diametral entgegengesetzte Trendrichtung zeigen.

Szenario 2: Russischer Erfolg im Donbas durch verzögerte westliche Hilfe aufgrund des mangelnden politischen Willens in Europa

In diesem Szenario bereitet sich Russland auf eine umfassende Militäroffensive gegen die Ukraine im Frühjahr vor, in der festen Erwartung, dass die bevorstehende massive Militärhilfe aus dem Westen für die Ukraine noch nicht ausreichen wird, um deren Verteidigungslinien signifikant zu stärken. Die Ukraine, die sich in einer prekären Lage befindet, hat es bislang nicht geschafft, eine ausreichende Anzahl an Truppen zu mobilisieren. Zudem leidet das Land unter einem akuten Mangel an Munition und Artillerie, was seine Position weiter schwächt und die Effektivität seiner Streitkräfte infrage stellt. Russland könnte aus mehreren Richtungen wieder angreifen – gegenwärtig zeigt sich die zweite größte Stadt Charkiw als eine potenzielle Zielscheibe, aber auch im Norden des Landes könnte eine militärische Offensive erfolgen.

Kyjiw bleibt nach wie vor in Gefahr (wie u.a. nach dem Bombenangriff auf ein Kinderkrankenhaus im Juli ersichtlich), denn Russland strebt die politische Unterwerfung der Ukraine an. Sollte Donald Trump die Präsidentschaftswahl im November gewinnen und somit ins Weiße Haus zurückkehren, geht Russland davon aus, dass es eine einzigartige Gelegenheit haben wird, die während der Offensive neu gewonnenen territorialen Gewinne zu konsolidieren und die russische Kontrolle über ukrainisches Land später bei den offiziellen Friedensverhandlungen zu legitimieren. Die russische Regierung rechnet damit, dass Trump, bestrebt, den Krieg in der

Ukraine hinter sich zu lassen und sich neuen globalen Herausforderungen zu widmen, insbesondere der wachsenden Konkurrenz mit China im Indopazifik, direkt mit Präsident Putin in Verhandlung treten wird. Diese Annahme basiert auf Trumps vorheriger Amtszeit, als er wiederholt den Wert direkter diplomatischer Gespräche mit Putin betonte, aber auch auf aktuellen Aussagen des US-Präsidentschaftskandidaten.

Parallel dazu plant Russland, seine Einflussnahme in globalen Konfliktherden zu intensivieren. Im Nahen Osten wird Russland voraussichtlich seine politischen Verbindungen zur Hamas und zum Iran nutzen, um den militärischen Konflikt zwischen Israel, der Hamas und nun auch wieder dem Iran¹⁰¹ in der Region zu schüren. Darüber hinaus ist es im indopazifischen Raum möglich, durch Satelliten- und Raketentransfers an Nordkorea die regionalen Spannungen zu erhöhen. Diese Maßnahmen sind Teil einer breit angelegten Strategie, um die Aufmerksamkeit der Vereinigten Staaten auf mehrere Konfliktherde simultan zu erstrecken und von Anfang an dafür zu sorgen, dass die neue Administration mit einer Reihe von sicherheitspolitischen Herausforderungen konfrontiert wird, die ihre Fähigkeit, sich auf einzelne geopolitische Brennpunkte zu konzentrieren, deutlich einschränken.

Im Fall des Sieges des/der demokratischen Kandidat:in wird Russland den Zermübungskrieg gegen die Ukraine fortsetzen und vertiefen, und zwar in der Gewissheit, dass die demokratische Verwaltung eine direkte militärische Involvierung um jeden Preis meiden

und Druck auf die Ukraine durch mangelhafte Waffenlieferungen ausüben wird, Verhandlungen mit Russland zu beginnen. Diese sorgfältig orchestrierte Vorgehensweise Russlands zeugt von den geopolitischen Kalkülen, die darauf abzielen, sowohl regionale als auch globale Machtverhältnisse zu eigenen Gunsten zu verschieben. Indem es die Schwachstellen seiner Gegner ausnutzt und gleichzeitig mehrere Fronten geopolitischer Spannungen eröffnet, strebt Russland danach, seine Position auf der Weltbühne zu stärken und gleichzeitig potenzielle Gegenreaktionen zu minimieren.



Szenario 3: Eingefrorener Konflikt durch unentschlus-sene politische Entscheidungsträgerinnen in Europa

In einer strategischen Entscheidung, sich Zeit zu verschaffen und ohne einen ernsthaften Gegenangriff seitens der Ukraine mobilisiert Russland über 500.000 Soldaten für eine weitere militärische Konfrontation. Parallel dazu engagiert sich Russland aktiv in hybrider Kriegsführung gegen den Westen, insbesondere durch Einmischung in demokratische Wahlen in Europa und den USA, mit dem Ziel, die Unterstützung für populistische Kräfte sowohl des rechten als auch des linken politischen Rands in Europa zu stärken. Diese Taktik dient nicht nur dazu, die politische Landschaft zu seinen Gunsten zu formen, sondern auch potenzielle Bündnisse innerhalb Europas zu destabilisieren.

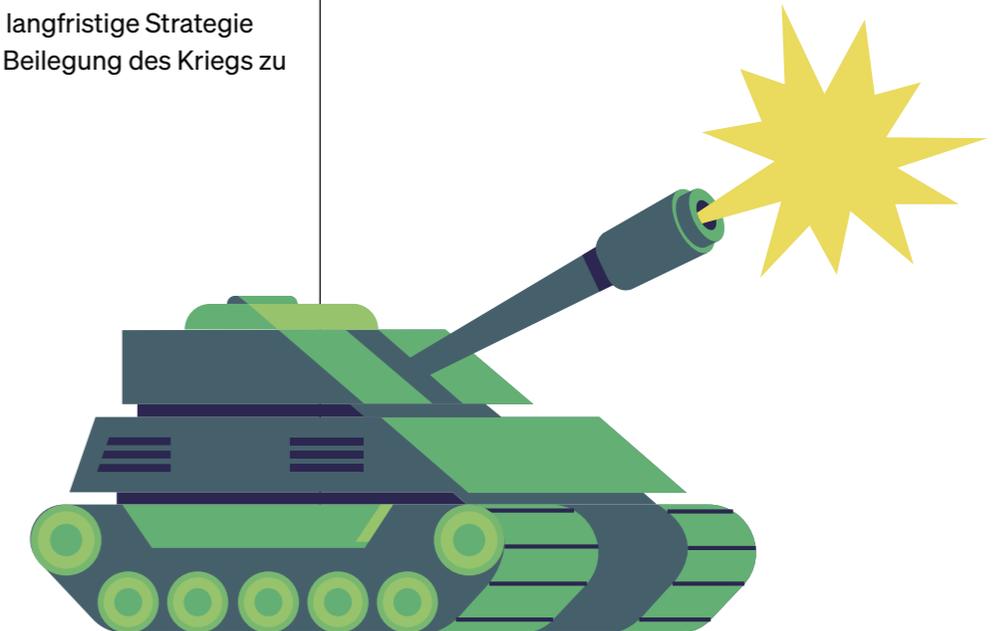
Vor dem Hintergrund eines möglichen Sieges des:der demokratischen Präsidentschaftskandidat:in signalisiert Moskau seine Bereitschaft, eine massive Militäroffensive zu starten. Die russische Führung geht davon aus, dass die Vereinigten Staaten zögern werden, sich direkt militärisch in Europa zu engagieren, was Russland einen taktischen Vorteil verschafft. Diese Bedrohung wird zeitlich mit der mangelhaften Militärhilfe für die Ukraine koordiniert, was das Land in eine verzweifelte Lage bringen soll. Angesichts der Unzulänglichkeit der militärischen Unterstützung und nicht ausreichender Munition könnte die Ukraine gezwungen sein, Verhandlungen mit Russland zu beginnen, was Moskau eine günstige Verhandlungsposition über den neuen „eingefrorenen Konflikt“ in Osteuropa verschafft.

In diesem Kontext steht Deutschland nach den EU-Wahlen im Juni 2024 und auch 2025 vor einem neuen Wahlzyklus, was die politische Dynamik innerhalb Europas weiter verkomplizieren könnte, denn die deutsche Bundesregierung wird wahrscheinlich keine umfassende militärische Unterstützung für die Ukraine freigeben wollen. Russland nutzt diese strategischen Vorteile geschickt aus. Durch die Kombination militärischer Bedrohungen mit nuklearer Erpressung und politischer Einmischung ohne das Risiko eines großflächigen Anschlags auf die Ukraine strebt Russland danach, seine Ziele zu erreichen, während es gleichzeitig die westliche Allianz unter Druck setzt und deren Fähigkeit zur kollektiven Reaktion schwächt.

Die langsame und zögerliche politische Entscheidungsfindung in Europa führt dazu, dass die Ukraine nur langsam oder kaum noch schwere Waffensysteme erhält. Hinzu kommt die zögerliche finanzielle Unterstützung der USA aufgrund der politischen Lage vor und nach der Präsidentschaftswahl infolge eines potenziellen Siegs der Republikanischen Partei unter Donald Trump.

Trotz der umfassenden westlichen Sanktionspolitik bleibt Russland international gut vernetzt, insbesondere durch Partnerschaften mit Ländern wie China, Indien, der Türkei, dem Iran und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Dies könnte die Entstehung eines weiteren „eingefrorenen Konflikts“ ebenso begünstigen, was den langfristigen Interessen Russlands entgegenkommen würde.

Es ist wichtig zu betonen, dass die Entwicklung dieser drei Szenarien vom Zusammenspiel vieler unbekannter Variablen abhängig ist. Daher sind eine kontinuierliche Beobachtung und Bewertung der Situation unerlässlich. Die geopolitischen Auswirkungen dieser Szenarien sind weitreichend. Angesichts des Zusammenspiels von mannigfaltigen Einflussfaktoren könnte sich der Krieg von einem Zermürbungskrieg zu einem eingefrorenen Konflikt entwickeln. Die ersten diplomatischen Gespräche könnten sogar unter den beschriebenen Umständen, vor allem infolge der Wahlergebnisse in Europa und den USA, bereits zwischen 2024 und 2025 stattfinden, was darauf hindeutet, dass der Krieg wahrscheinlich sogar bis 2026 dauern könnte. Diese Szenarien unterstreichen die Komplexität der geopolitischen Lage und die Notwendigkeit für den Westen, eine langfristige Strategie zur Bewältigung und möglichen Beilegung des Kriegs zu entwickeln.



**SZENARIO 1:
UKRAINE GEWINNT**
**SZENARIO 2:
ZERMÜRBUNGSKRIEG**
**SZENARIO 3:
EINGEFRORENER KONFLIKT**

Der Westen liefert umgehend Munition und schwere Waffen an die Ukraine (z.B. Atacms-Langstreckenraketen, F-16-Kampffjets, Drohnen, Munition usw.)	Der Westen ist zu langsam und politisch unentschieden bei der Lieferung von ausreichend Munition sowie schweren Waffensystemen	Die sozioökonomischen Auswirkungen des russischen Kriegs machen sich in der Ukraine, aber auch in Europa stark bemerkbar, deshalb streicht der Westen manche Sanktionen gegen Russland
Die Ukraine führt weitere erfolgreiche Gegenoffensiven durch und nimmt russisch besetzte Gebiete im Jahr 2024 zurück	Einzelne EU-Länder sowie die USA setzen die umfassende finanzielle, politische oder militärische Unterstützung für die Ukraine langsam aus	Neue politische Kräfte kommen an die Macht beim Superwahlzyklus in Europa und in den USA (z.B. Trump), welche gegenüber Russland positiv geneigt sind
Wachsende internationale Isolation Russlands aufgrund der negativen Auswirkungen des Kriegs auf Rohstoffmärkte und durch die Sanktionspolitik des Westens	Russland importiert Munition und Raketentechnologien aus dem Ausland, verstärkt seine Verteidigungslinien und mobilisiert weitere Truppen	Die Ukraine kann aufgrund mangelnder militärischer Hilfeleistung keine weiteren Erfolge bei der Rückgewinnung bedeutender Territorien verzeichnen
Die westlichen Sanktionen führen zu einer erheblichen Schrumpfung der russischen Kriegswirtschaft (z.B. Öl- und Gassektor, Mineralien usw.)	Der globale Süden hilft Russland, Sanktionen zu umgehen, und fördert die Wirtschaftsbeziehungen in regionalen Handelszentren	Russland zahlt einen hohen Blutzoll, hat aber den längeren Atem und kann immer mehr Länder von seinen guten Siegesaussichten überzeugen
Politischer Machtwechsel oder ein „Schwarzer Schwan“-Event im Kreml führt zum unerwarteten Machtvakuum in Russland	Sowohl die Ukraine als auch Russland haben einen starken Willen zu kämpfen und bereiten weitere militärische Offensiven vor	Der Westen drängt die Ukraine, auf Friedensgespräche einzugehen, damit sie keine weiteren Territorien verliert
Beginn von Verhandlungen unter ukrainischen Bedingungen, um die Rückeroberung von wichtigen Territorien zu legitimieren	Der Zermürbungskrieg dauert mit unterschiedlichen Höhen und Tiefen sogar bis 2025/2026 an	Ein erstes Waffenstillstands-Abkommen „friert“ den Krieg vorübergehend ein und legitimiert die Krim sowie die von Russland kontrollierten Territorien als russisch

Tabelle 2: Szenarien: Was liegt vor uns? (Eigene Tabelle)

Ausblick

Als EU-Kandidatenland hat die Ukraine bilaterale und multilaterale Sicherheitsgarantien von mehreren Schwellenländern bereits erhalten, allerdings keine Garantie für eine NATO-Mitgliedschaft bei den letzten Gipfeltreffen, wodurch sie sich weiterhin im Überlebenskampf befindet. Zugleich sind etwa 18 Prozent ihres Territoriums¹⁰² unter russischer Kontrolle, ein Gebiet, das unter anderem reich an für den Wiederaufbau der Ukraine unerlässlichen Mineralien und Rohstoffen ist. Das Land befindet sich gegenwärtig in einer geopolitischen Grauzone zwischen der euro-atlantischen Gemeinschaft und dem russischen Imperialismus und Revisionismus. Auch im dritten Jahr hat sich die Situation in der Ukraine wieder deutlich zugespitzt. Aufgrund der diametral entgegengesetzten Ziele beider Länder scheinen ein Waffenstillstand oder gar Friedensverhandlungen bis Ende 2024 nicht realistisch zu sein, obwohl Russland über mehrere Optionen verfügt, diesen Prozess einzuleiten. Wie der Krieg enden wird und welches Szenario eintreten wird, bleibt auch ungewiss. Damit das erste Szenario eintreten kann, muss Europa allerdings seine militärische Unterstützung (Luftverteidigungssysteme, Langstreckenraketen, Drohnen und Munition) für die Ukraine nicht nur fortsetzen, sondern deutlich intensivieren. Gleichzeitig sollte Europa seine Beziehungen zu Drittländern in Asien, Afrika und Lateinamerika mithilfe von Freihandelsabkommen und Entwicklungsagenden diversifizieren, um eine wirksame Isolation Russlands herbeizuführen. Schlussendlich dürfen die europäischen Länder ihre eigenen Sanktionen nicht mithilfe von Drittstaaten umgehen.¹⁰³

Inmitten der eskalierenden Spannungen könnte sich eine unsichtbare Kluft zwischen der sogenannten Anglosphäre (USA und Großbritannien, aber auch QUAD-Länder¹⁰⁴) und der EU (angeführt von Frankreich und Deutschland) hinsichtlich des Umgangs mit dem „Drachenbär“-Duo China und Russland bemerkbar machen. Diese Spaltung zeigt sich vor dem Hintergrund der Umgestaltung der globalen Ordnung und könnte sich manifestieren, weil Russland – als Chinas Juniorpartner betrachtet – die geopolitische Landschaft Europas durch einen möglichen Erfolg im Krieg gegen die Ukraine zu seinen Gunsten umgestalten will. Des Weiteren hat der Krieg trotz einer einheitlichen Herangehensweise an die Sanktionierung Russlands und die Unterstützung der Ukraine zu Differenzen zwischen einigen EU-Mitgliedern geführt. Manche EU-Mitgliedstaaten tendieren eher dazu, die Wichtigkeit der USA in Bezug auf die dauerhafte Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine zu unterstreichen sowie auf eine NATO-Mitgliedschaft für die Ukraine zu drängen. Frankreich und Deutschland hingegen haben zu Beginn versucht, Friedensverhandlungen mit Russland einzuleiten und dem Land zu helfen, „das Gesicht zu wahren“, angesichts seiner militärischen Misserfolge in der Anfangsphase des Kriegs. Nun bemühen sie sich, ihre Beziehungen zu China durch einen Risikominimierungsansatz („de-risking“) zu normalisieren, auch wenn es Russland im laufenden Krieg gegen die Ukraine intensiv unterstützt.¹⁰⁵ Darüber hinaus haben sich gravierende Unterschiede im deutschen und im französischen Ansatz manifestieren lassen.¹⁰⁶

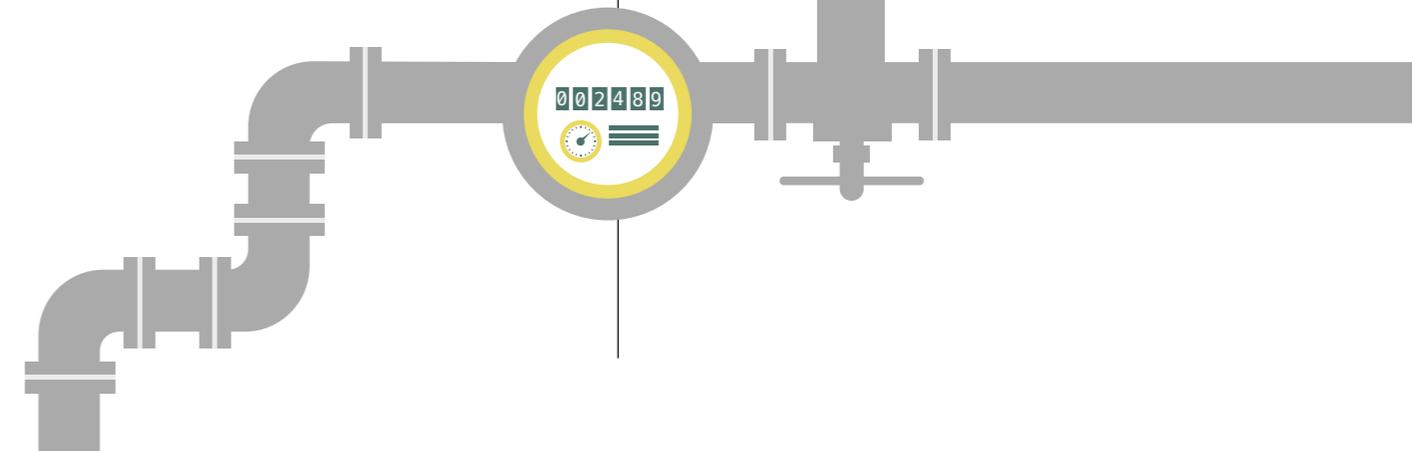
Bis Ende 2024 könnten zwei weitere potenzielle Entwicklungen die europäische Sicherheit erheblich beeinflussen – ein weiterer Militärerfolg Russlands im Krieg und ein Erstarren der prorussischen politischen Kräfte in Europa. Ein geopolitisches Bündnis von Polen und der Ukraine zur Beschleunigung der euro-atlantischen Integration, auch wenn sehr unwahrscheinlich, könnte als Echo der deutschen Wiedervereinigung der 1990er Jahre wirken, indem der Eintritt der Ukraine in die EU und später die NATO ohne den formellen Erweiterungsprozess nach dem Beispiel der deutschen Wiedervereinigung intensiviert werden könnte. Sollte dies eintreten, würde das Machtgleichgewicht in Europa nach Norden und Osten kippen und völlig neue geopolitische Realitäten für den Kontinent schaffen. Beide Entwicklungen erinnern an eine weitere subtile, aber bedeutende Verschiebung – das Wiederauftauchen eines neuen, immer noch unsichtbaren „Eisernen Vorhangs“ entlang der östlichen Flanke der NATO. Diese Machtverschiebung könnte die sich entwickelnde europäische Sicherheitsarchitektur drastisch verändern und stellt ein weiteres Symptom des neu entstehenden Kalten Kriegs zwischen den USA einerseits, und China und Russland andererseits dar.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die EU mit erheblichen strategischen Herausforderungen konfrontiert bleibt. Dennoch besteht die Möglichkeit, dass sowohl die Union als auch ihre Mitgliedstaaten mittel- bis langfristig stärker, wettbewerbsfähiger und sicherer werden. Dieser Optimismus stammt von einem realistischen Ansatz, die kollektive Sicherheit und Verteidigung der

EU zu stärken, wie im Strategischen Kompass¹⁰⁷ definiert, und gleichzeitig die europäische Säule innerhalb der NATO zu entwickeln. Eine proaktive und angemessene Reaktion auf geopolitische Ereignisse und Bedrohungen, wie den laufenden Krieg in der Ukraine, die sozioökonomischen Folgen der Instrumentalisierung der geoökonomischen Abhängigkeiten von Russland und die Reduzierung der Abhängigkeiten von russischen Rohstoffen, ist unerlässlich. Die EU muss sich auch darauf konzentrieren, ihre Ressourcen effizient zu nutzen und ihre große Strategie in die Tat umzusetzen, beginnend mit innenpolitischen Maßnahmen zur Konsolidierung ihrer Machtbasis. Um eine effektive militärische Abschreckung zu schaffen, benötigt Europa einen robusten militärisch-industriellen Komplex und eine Wiederbelebung der europäischen Industrie. Damit wäre die EU besser positioniert, um sich als neuer geopolitischer Akteur unter den globalen Supermächten zu behaupten. Was am dringendsten benötigt wird, ist ein strategischer Konsens innerhalb der EU und ihrer Mitgliedstaaten, nicht nur um das Überleben der Ukraine zu sichern, sondern auch um den tatsächlichen Sieg der Ukraine über Russland zu ermöglichen und ihre Grenzen von 1991 wiederherzustellen.

Der russische Präsident ist bekannt für seine Behauptung, dass der Zusammenbruch der Sowjetunion die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts gewesen sei. Wladimir Putin ist gegenwärtig fest davon überzeugt, Russland von der „größten geopolitischen Katastrophe“ des 20. Jahrhunderts zum größten geopolitischen Erfolg des 21. Jahrhunderts führen zu können, indem Russland die Pole Position im neuen systemi-

schen Wettbewerb zwischen Amerika und China erzielt, die europäische Sicherheitsarchitektur zerstört und die Ukraine unterwirft. Angesichts dieser Situation obliegt es Europa, diesem äußerst gravierenden Szenario mit allen Mitteln entgegenzuwirken.



SCHLUSSFOLGERUNGEN FÜR DIE ÖSTERREICHISCHE SICHERHEIT

Österreichs Sicherheitsstrategie aus dem Jahr 2013¹⁰⁸ spiegelt nicht die gegenwärtigen sicherheitspolitischen Entwicklungen mit Blick auf Drohungen und Risiken sowie sicherheitspolitische Handlungsoptionen wider. Die Steuerungsgruppe über eine neue Sicherheitsstrategie hat 2023 einen Entwurf ausgearbeitet, aber die Koalitionsregierung findet noch keinen Kompromiss über das Thema der Diversifizierung des Energiesektors.¹⁰⁹ So ist das alte Dokument aus dem Jahr 2013 elf Jahre später noch gültig, worin Russland als strategischer Partner bezeichnet wird, und zwar im dritten Jahr der russischen Kriegsführung.¹¹⁰ Dabei belief sich der Anteil russischer Gasimporte im österreichischen Energiemix auf fast 100 Prozent im Zeitraum zwischen Dezember 2023 und Februar 2024.¹¹¹ Umso dringender erscheint die Frage nach einer ernsthaften Auseinandersetzung mit sicherheitspolitischen Themen in Österreich, und zwar infolge der aktuellen Spionage- und Unterwanderungsenthüllungen.¹¹²

In den letzten Jahren hat sich die globale Ordnung merklich verändert, insbesondere durch die zunehmende Systemkonkurrenz zwischen den USA einerseits, und China und Russland andererseits. Österreich ist dazu aufgerufen, sich aktiv diesen Veränderungen zu stellen und sie als Gelegenheit zur Gestaltung einer adaptiven und robusten Sicherheitsstrategie zu begreifen. Der seit der letzten österreichischen Sicherheitsstrategie (ÖSS) 2013 beobachtete Wandel der geopolitischen Dynamik, insbesondere im Licht der wachsenden Konfrontation zwischen den USA und China, fordert eine dringende Anpassung der österreichischen Sicherheitspolitik. In

diesem durch neue bipolare Spannungen sowie Bifurkation des globalen Systems¹¹³ gekennzeichneten Kontext entstehen neue geopolitische und geoökonomische Blöcke, die das globale Sicherheits- und Stabilitätsgefüge massiv beeinflussen und sich auch auf Europa negativ auswirken. In Anbetracht dieser Entwicklung sollte Österreich seinen Ansatz nicht nur geostrategisch neu definieren, sondern diese Veränderungen auch als Gelegenheit zur Schaffung einer anpassungsfähigen und widerstandsfähigen Sicherheitsstrategie nutzen.

Die westliche Staatengemeinschaft, einschließlich Österreich, hat lange Zeit die Aggression und Hegemonialpolitik Russlands unterschätzt bzw. aus geoökonomischen Gründen („Wandel durch Handel“)¹¹⁴ geduldet und somit durch handels- und energiepolitische Interdependenzen indirekt gefördert. Der Kreml hat eine aggressive Agenda verfolgt, die seinen Ambitionen als globale Macht entspricht, oft auf Kosten der Sicherheit und Stabilität der kleineren Nachbarn sowie der internationalen Gemeinschaft. Die jüngsten Entwicklungen erfordern eine gründliche Neubewertung der Beziehungen zu Russland und anderen geopolitischen Wettbewerbern und Konkurrenten. Sie verdeutlichen die Notwendigkeit, die gemeinsamen Anstrengungen zur Stärkung der liberalen rechtsbasierten Weltordnung und der europäischen Sicherheitsarchitektur zu intensivieren.

Der Einmarsch Russlands in die Ukraine am 24. Februar 2022 markierte einen signifikanten Wendepunkt in den Beziehungen zwischen Russland und dem Westen. Die bisherige Prämisse, dass Russland ein strategischer

Partner der EU und der NATO ist und dass es eine gemeinsame Sicherheit mit Russland geben kann, wurde durch Putins aggressive Politik zutiefst erschüttert. Angesichts dieser neuen Realitäten muss sich die österreichische Sicherheitspolitik darauf vorbereiten, dass die künftige europäische Sicherheitsarchitektur nicht mit oder gegen Russland, sondern trotz Russlands unmittelbarer Nachbarschaft errichtet werden muss.

Die russische Aggression hat auch dazu geführt, dass traditionell neutrale Länder wie Finnland und Schweden ihre Haltung rasch überdachten und nach langer Zeit der Neutralität und Bündnisfreiheit bereits als NATO-Mitglieder agieren. Dies bedeutet, dass Österreichs sicherheitspolitische Rolle innerhalb der EU in einem nunmehr deutlich kleineren Kreis von Ländern definiert werden muss, die, ähnlich wie Österreich, immer weniger Einfluss auf Europäische Entscheidungen im Bereich Gemeinsame Sicherheit und Verteidigung haben werden. Während des Kalten Kriegs spielte Österreichs Neutralität eine Schlüsselrolle als Brücke zwischen Ost und West. Heute deuten Machtverschiebungen in Richtung Nord- und Osteuropa auf eine geografische Neuausrichtung der Prioritäten der EU und der NATO hin. Das könnte dazu führen, dass Österreichs neutrale Rolle innerhalb der westlichen Gemeinschaft an Bedeutung verliert.¹¹⁵ Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer Neubestimmung des Sicherheitsumfelds, der Aufgaben, Prioritäten und Ziele, aber auch Bedrohungen, Risiken und Herausforderungen für die zukünftige österreichische Sicherheitspolitik. Dies umfasst auch die Tatsache, dass die EU und die NATO zunehmend auf eine institutionelle

Verschmelzung im sicherheits- und verteidigungspolitischen Bereich zusteuern, was die neutralen Länder vor eine noch größere Isolation stellen könnte. Jetzt ist es wichtiger denn je, die militärische Bereitschaft des Einzelnen und des Ganzen zu stärken, die kollektive Verteidigung zu verbessern und die Beziehungen zu Partnern und Verbündeten zu intensivieren. Denn Staaten ohne Bündnisse und Allianzen werden es in einer zunehmend instabilen globalen Ordnung schwerer haben als diejenigen, die Teil von Bündnissen und Allianzen sind.

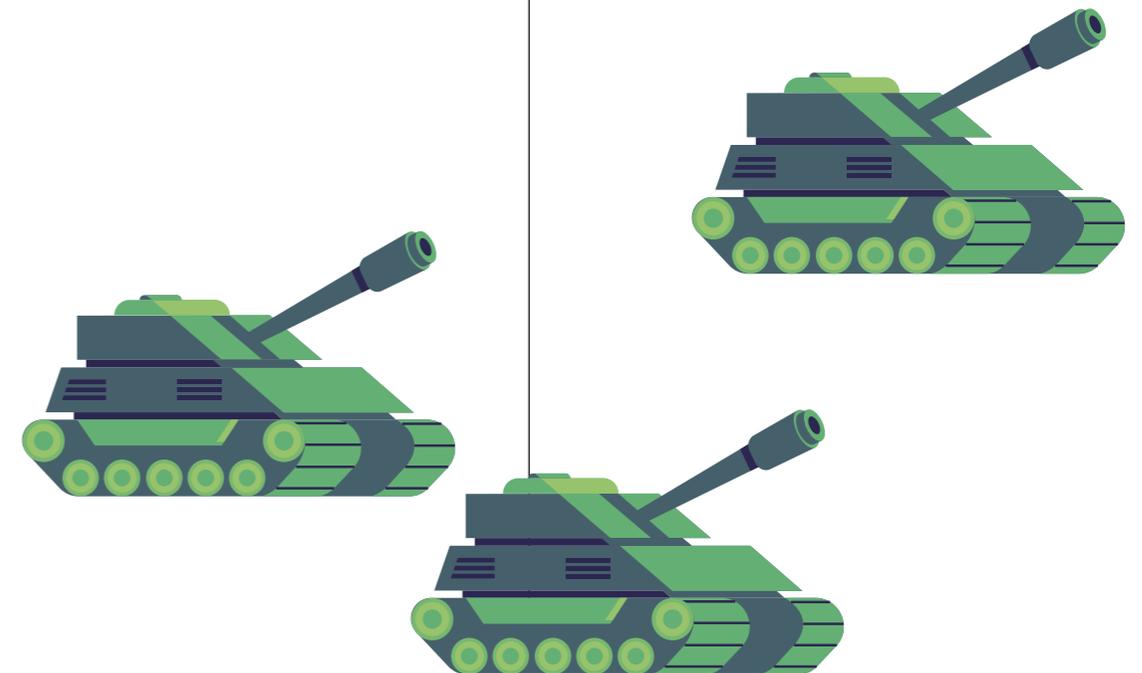
Vor diesem Hintergrund hat sich Österreich aktiv an Maßnahmen wie der humanitären und finanziellen Unterstützung der Ukraine sowie den EU-Sanktionen beteiligt. Trotz seines politischen und wirtschaftlichen Status, der weit entfernt von seiner traditionellen Neutralität ist, hält Österreich an der sogenannten irischen Klausel fest. Bezüglich der Beistandspflicht, wenn ein EU-Staat Ziel eines bewaffneten Angriffs wird (Art. 42 Abs. 7 EUV), betont Österreich, dass auch dann die (militärische) Neutralität respektiert werden müsse. Es wäre daher angebracht, den Verzicht auf diese Klausel zu überdenken, um die volle Solidarität mit und Verantwortung für die EU zu zeigen, insbesondere im Falle eines Angriffs (zum Beispiel Terror- oder Cyberangriff) auf ein EU-Mitgliedsland, das auch NATO-Mitglied ist, sich aber nicht für die Aktivierung von Artikel 5 entscheidet.

Vor diesem Hintergrund sollte Österreich seine Beziehungen zur EU und zu anderen internationalen und regionalen Organisationen zunehmend stärken, und zwar durch eine aktive Beteiligung an der Gemeinsamen

Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP). Im Rahmen der EU hat Österreich eine Reihe von solidarischen und kollektiven Verpflichtungen übernommen. In einer aktuellen Umfrage zeigt sich eine zurückhaltende Bereitschaft der Österreicher:innen zur Selbstverteidigung¹¹⁶. Nur 14 Prozent der Befragten wären im Falle eines bewaffneten Angriffs auf ihr Land bereit, zu den Waffen zu greifen. Während eine deutliche Mehrheit von 72 Prozent der Meinung ist, dass andere EU-Mitgliedstaaten Österreich im Falle eines militärischen Angriffs unterstützen sollten, besteht eine sehr viel geringere Bereitschaft, im umgekehrten Fall militärische Hilfe zu leisten. Lediglich 14 Prozent sind der Ansicht, dass Österreich im Falle eines bewaffneten Angriffs auf einen anderen EU-Staat diesen mit bewaffneten Truppen unterstützen sollte. Mit Blick auf die Zukunft sollte Österreich daher einen pragmatischen Ansatz zur Neutralität verfolgen und diese auf eine Weise neu definieren, die seine Beteiligung an gemeinsamen europäischen Sicherheitsstrukturen erweitert. Dies könnte bedeuten, dass die traditionelle Neutralität durch eine sogenannte aktive Neutralität ersetzt wird, die Österreich in die Lage versetzt, eine aktivere Rolle in der EU und in den Sicherheitsstrukturen der EU zu spielen. Eine solche Entwicklung wäre insbesondere im Hinblick auf die wachsenden Bedrohungen und Gefahren für die Sicherheit und Stabilität in Europa relevant.

Die österreichische Sicherheitspolitik steht somit vor erheblichen Herausforderungen. Es gilt, eine neue Sicherheitsstrategie zu entwickeln, die in der Lage ist, auf die veränderten geopolitischen Bedingungen und die damit verbundenen neuen Sicherheitsrisiken zu reagieren. Auch sollte eine öffentliche Debatte über die neuen Aufgaben und Rollen Österreichs nach dem Beitritt von Schweden und Finnland stattfinden. Nicht zuletzt haben zahlreiche Mitglieder der Politik, Industrie und Gesellschaft zu einer Diskussion über den künftigen Neutralitätsrahmen aufgefordert. Hierzu gehört eine sorgfältige Prüfung der traditionellen Neutralität und der Frage, wie diese im Kontext der heutigen und zukünftigen Sicherheitsherausforderungen neu definiert werden kann. Schlussendlich muss Österreich eine aktive und vorausschauende Sicherheitspolitik verfolgen, die sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene wirksam ist. Dies umfasst sowohl die Stärkung der militärischen Bereitschaft und Fähigkeiten als auch eine enge Zusammenarbeit mit europäischen und internationalen Partnern und Verbündeten. Eine solche Politik muss auf der Erhaltung und Förderung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in Europa und darüber hinaus abzielen. Dabei sollte sie auf den Prinzipien von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechten basieren und gleichzeitig die Interessen und Werte Österreichs und der EU schützen und fördern. Die europäische Sicherheitsarchitektur steht an einem Wendepunkt angesichts des lang andauernden Zermübungskriegs in der Ukraine. Es besteht ein offensichtlicher Bedarf an intensiver militärischer Zusammenarbeit unter den europäischen Mitgliedstaaten, insbesondere vor dem Hintergrund

aktueller geopolitischer Gefahren und Risiken. Eine gut strukturierte EU-Armee, die als europäische Säule der NATO agiert, könnte eine entscheidende Rolle in der europäischen und zugleich transatlantischen Verteidigung spielen. Für Österreich könnte dies bedeuten, seine Sicherheits- und Verteidigungsstrategie im Licht dieser Entwicklungen neu überdenken zu müssen.¹¹⁷



ENDNOTEN

- 1 V. Tchakarova (2023). Europe on the Verge: Zeitenwende or 'The World of Yesterday'? ORF Online. March 2, 2023. https://www.orfonline.org/expert-speak/europe-on-the-verge/#_edn7.
- 2 K. Patek (2022). „Entnazifizierung und Entmilitarisierung“ - Putins Rede und dann Krieg. Die Presse. February 24. <https://www.diepresse.com/6103396/entmilitarisierung-und-entnazifizierung-putins-rede-und-dann-krieg>.
- 3 N. Bugayova, F. W. Kagan & K. Stepanenko (2024): Denying Russia's Only Strategy for Success, ISW Press, March 27, 2024. <https://www.understandingwar.org/backgroundunder/denying-russia%E2%80%99s-only-strategy-success>.
- 4 Eine nichtkinetische Kriegsführung umfasst aktive Maßnahmen und Aktionen gegen einen Gegner ohne direkte konventionelle Militäraktion.
- 5 Der globale Süden setzt sich aus Ländern in Lateinamerika, Afrika und Asien zusammen, welche sich auf einem langsameren oder getrennten Entwicklungspfad im Unterschied zu G7 befinden und mit ihren Beziehungen zu den USA, Russland und China die internationalen Beziehungen mitprägen.
D. Rising (2023). Everyone's talking about the Global South. But what is it? AP, September 7, 2023. <https://apnews.com/article/what-is-global-south-19fa68cf8c60061e88d69f6f2270d98b>.
- 6 European Commission (2023, June 20). Joint communication to the European Parliament, the European Council and the Council on "European economic security strategy". <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/HTML/?uri=CELEX:52023JC0020>.
- 7 Council of the European Union. One year of Russia's full-scale invasion and war of aggression against Ukraine, EU adopts its 10th package of economic and individual sanctions. February 25, 2023. <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2023/02/25/one-year-of-russia-s-full-scale-invasion-and-war-of-aggression-against-ukraine-eu-adopts-its-10th-package-of-economic-and-individual-sanctions/>.
- 8 L. Harding (2024). The Maidan martyrs: a decade on from Kyiv's bloody revolution. The Guardian. February 20, 2024. <https://www.theguardian.com/world/2024/feb/20/maidan-kyiv-protests-10-years-ukraine>.
- 9 I. Kotoulas & W. Puztai (2022). Geopolitics of the War in Ukraine. Foreign Affairs Institute. Retrieved from <https://www.aies.at/download/2022/Geopolitics-of-the-War-in-Ukraine-FINAL.pdf>.
- 10 J. Maresca (2024). Ukraine: Putin's War for Russia's "Near Abroad". Ibidem Press. <https://cup.columbia.edu/book/ukraine-putins-war-for-russias-near-abroad/9783838218366>.
- 11 C. Weisflog & I. Mijnsen (2022). Chronologie der Maidan-Revolution. Neue Zürcher Zeitung. <https://www.nzz.ch/international/ukraine-chronologie-der-maidan-revolution-ld.1290571?reduced=true>.
- 12 G. Yudin (2022). Putin is about to start the most senseless war in history. February 22, 2022. <https://www.opendemocracy.net/en/odr/russia-ukraine-most-senseless-war-nato-history/>.
- 13 Kotoulas & Puztai (2022).
- 14 V. Tchakarova (2022). Enter the 'DragonBear'.
- 15 W. Inosemzev (2014). Who belongs to the Russian World? Internationale Politik, 6, 94-101. <https://internationalepolitik.de/de/wer-gehört-zur-russischen-welt>.
- 16 DW News (2020). "Reclaiming land": Is Putin doing it like Peter the Great? DW News. June 9, 2022 <https://de.euronews.com/2022/06/09/land-zurückholen-macht-s-putin-wie-peter-der-gro-e>.
- 17 Russian Orthodox Church (2024). Order of the XXV World Russian People's Council "The Present and Future of the Russian World". March 27, 2024. <http://www.patriarchia.ru/db/text/6116189.html>.
- 18 Russian Orthodox Church (2024).
- 19 European Union External Action Service (2024). Eastern Partnership. https://www.eeas.europa.eu/eeas/eastern-partnership_en.
- 20 V. Friedrich (2022). Handel erst nach Wandel. FAZ, 26. Mai 2022. <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/ukraine-krieg-prinzip-wandel-durch-handel-gescheitert-17999762.html>.
- 21 A. Paphiti & S. Bachmann (2016).
- 22 European External Action Service (2024). EU-NATO COOPERATION. https://www.eeas.europa.eu/sites/default/files/eu-nato_cooperation_factsheet.pdf.
- 23 A. Paphiti & S. Bachmann (2016). Written evidence submitted on February 5, 2016. <https://committees.parliament.uk/writtenevidence/64088/html/>.
- 24 K. Giles (2016). Russian Information Warfare. NATO Defense College. https://css.ethz.ch/content/dam/ethz/special-interest/gess/cis/center-for-securities-studies/resources/docs/NDC%20fm_9.pdf.
- 25 S. Schett (2024). KGB-Insider packt aus: So funktioniert Destabilisierung. Materie. 15. März. 2024. <https://materie.at/a/kgb-insider-packt-aus-so-funktioniert-destabilisierung/>.
- 26 S. Schett (2024).
- 27 Ebenda.
- 28 EU vs Disinfo. (2023). WAR IS BEING WAGED AGAINST RUSSIA ON ALL FRONTS. June 1, 2023. <https://euvsdisinfo.eu/war-is-being-waged-against-russia-on-all-fronts/>.
- 29 C. Schuette (2023). Russian Disinformation on NATO Expansion and the War in Ukraine. Journal of Strategic Security 16, no. 4 (2023). 34-56. DOI: <https://doi.org/10.5038/1944-0472.16.4.2125>.
- 30 S. Schett (2023).
- 31 Besonders viel Verbreitung hat ein Beitrag von Ioannis E. Kotoulas und Wolfgang Puztai in Foreign Affairs (2/2023) gefunden. Dieser wurde allerdings von verschiedenen Seiten widerlegt.
- 32 J. Nwafor (2023). Comorian President: How Africa is Affected by the War in Ukraine. BNN Network. <https://bnn.network/breaking-news/comorian-president-how-africa-is-affected-by-the-war-in-ukraine/amp/>.

33 A. Carleton (2022). Scientist Who Predicted Arab Spring: Skyrocketing Wheat Prices Are Creating a Global 'Regime of Risk'. March 24, 2022. Motherboard. <https://www.vice.com/en/article/5dgab8/scientist-who-predicted-arab-spring-skyrocketing-wheat-prices-are-creating-a-global-regime-of-risk>.

34 Food and Agriculture Organization of the United Nations. (2021). World food prices reach new peak since July 2011, November 4, 2021. from <https://www.fao.org/newsroom/detail/world-food-prices-reach-new-peak-since-july-2011/en/>.

35 G. Trompiz (2022). Food prices hit record high in March, U.N. agency says. Reuters. April 8, 2022. <https://www.reuters.com/world/food-prices-surge-new-record-high-march-un-agency-says-2022-04-08/>.

36 Council of the European Union (2023). Food security and affordability. July 3, 2023, <https://www.consilium.europa.eu/en/policies/food-security-and-affordability/>.

37 European External Action Service (2023). Agrifood trade and EU sanctions adopted further to the invasion of Ukraine by the Russian Federation and the support of Belarus to it. https://www.eeas.europa.eu/sites/default/files/documents/Food%20Security_Fact-sheet.pdf.

38 Directorate-General for Mobility and Transport (2022). European Commission to establish Solidarity Lanes to help Ukraine export agricultural goods. European Commission. May 12, 2022.

39 A. Radford (2023, June 17). Ukraine war must end, South African President Ramaphosa tells Putin. BBC News. <https://www.bbc.com/news/world-europe-65940655>.

40 A. Radford (2023).

41 A. Radford (2023).

42 Al Jazeera. Putin promises grains, debt write-off as Russia seeks Africa allies. July 28, 2023. <https://www.aljazeera.com/news/2023/7/28/putin-promises-grains-debt-write-off-as-russia-seeks-africa-allies>.

43 The New Voice of Ukraine (2023). Ukraine's Agriculture Ministry describes coming damage due to dam destruction. Yahoo News. June 7, 2023. <https://news.yahoo.com/ukraine-agriculture-ministry-describes-coming-112900900.html>.

44 E. Stakhiv and A. Demydenko (2023). Ökozid: Die katastrophalen Folgen der Zerstörung des Kachowka-Staudamms. September 19, 2023. Ukraine Analysen. <https://laender-analysen.de/ukraine-analysen/288/oekozid-die-katastrophalen-folgen-der-zerstoe-rung-des-kachowka-staudamms/>.

45 The Moscow Times (2014). Gazprom Hikes Gas Price for Ukraine by 40%. April 1, 2014, <https://www.themoscowtimes.com/2014/04/01/gazprom-hikes-gas-price-for-ukraine-by-40-a33509>.

46 V. Milov (2022). European gas price crisis: Is Gazprom responsible? European View, 21(1), 66-73. <https://doi.org/10.1177/17816858221084761>.

47 S. Kardaś (2023). Conscious uncoupling: Europeans' Russian gas challenge in 2023. European Council on Foreign Relations. February 13, 2023. <https://ecfr.eu/article/conscious-uncoupling-europe-ans-russian-gas-challenge-in-2023/>.

48 S. Kardas 2023.

49 Deutsche Welle (2022). Nord Stream 1: Russia's Gazprom halts gas supply to Germany. August 31, 2022. <https://www.dw.com/en/nord-stream-1-russias-gazprom-halts-gas-supply-to-germany/a-62978155>.

50 Deutsche Welle (2022).

51 Deutsche Welle (2022).

52 Euractiv (2023). Gazprom's export revenue may fall by 50% in 2023. February 15, 2023. <https://www.euractiv.com/section/global-europe/news/gazproms-export-revenue-may-fall-by-50-in-2023/>.

53 Euractiv (2023).

54 Y. Talmazan (2023). Biden warns the threat of Putin's using tactical nuclear weapons is 'real'. NBC News. June 20, 2023. <https://www.nbcnews.com/news/world/putin-nuclear-weapons-threat-real-biden-warns-rcna90114>.

55 J. Robinson (2023). Explainer: what threat does the Kakhovka dam breach pose to the Zaporizhzhia nuclear plant? Chemistry World. June 21, 2023. <https://www.chemistryworld.com/news/explainer-what-threat-does-the-kakhovka-dam-breach-pose-to-the-zaporizhzhia-nuclear-plant/4017601.article>.

56 T. Watling et al. (2024). US warns of 'dangerous game' at nuclear plant as France breaks off Kremlin contact. Independent. April 9, 2024. <https://www.independent.co.uk/news/world/europe/ukraine-russia-war-news-putin-nuclear-drone-b2525506.html>.

57 IAEA (2023). Europe's largest nuclear power plant regains back-up electricity feed. (2023). UN News. July 3, 2023. <https://news.un.org/en/story/2023/07/1138307>.

58 IAEA 2023.

59 European Council (2016). EU-Turkey statement. March 18, 2016. <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2016/03/18/eu-turkey-statement/>.

60 European Commission (2019). EU Facility for Refugees in Turkey: €6 billion to support refugees and local communities in need fully mobilised. December 10, 2019. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/es/ip_19_6694.

61 A. Sari (2023). Instrumentalized migration and the Belarus crisis: Strategies of legal coercion. Hybrid CoE Papers. April 2023. <https://www.hybridcoe.fi/wp-content/uploads/2023/04/20230425-Hybrid-CoE-Paper-17-Instrumentalized-migration-and-Belarus-WEB.pdf>.

62 J. Lepiarz & W. Janczys (2021). Border crisis: Baltics and Poland blame Belarus. DW. November 13, 2021. <https://www.dw.com/en/border-crisis-baltics-and-poland-blame-belarus/a-59811454>.
J. G. Schoemaker (2019). Allegations of Russian Weaponized Migration Against the EU. Militaire Spectator. July 26, 2019. <https://militairespectator.nl/artikelen/allegations-russian-weaponized-migration-against-eu>.

63 Eurostat (2023). Almost 4 million with EU temporary protection. April 30, 2023. <https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-eurostat-at-news/w/DDN-20230609-1>.

- 64 V. Tchakarova (2022). Enter the 'DragonBear': The Russia-China Partnership and What it Means for Geopolitics. Observer Research Foundation. Issue Brief 538, April 2022. <https://www.orfonline.org/research/enter-the-dragonbear/>.
- 65 Financial Times (2024). Ukraine's counteroffensive against Russia in maps: latest updates. April 3, 2024. <https://www.ft.com/content/4351d5b0-0888-4b47-9368-6bc4dfbccbf5>.
- 66 T. Kuzio (2023). Putin's plan for a new Russian Empire includes both Ukraine and Belarus. The Atlantic Council. March 29, 2023. <https://www.atlanticcouncil.org/blogs/ukrainealert/putins-plan-for-a-new-russian-empire-includes-both-ukraine-and-belarus/>.
- 67 V. Tchakarova (2021). Is a Cold War 2.0 inevitable? ORF. <https://www.orfonline.org/expert-speak/is-cold-war-2-inevitable/>.
- 68 V. Tchakarova (2023).
- 69 V. Tchakarova (2022). Enter the 'DragonBear': The Russia-China Partnership and What it Means for Geopolitics. Observer Research Foundation. Issue Brief 538. <https://www.orfonline.org/research/enter-the-dragonbear/>.
- 70 V. Tchakarova (2023). Kalter Krieg 2.0: Die USA und der „Drachenbär“. Materie. <https://materie.at/gk/kalter-krieg-2-0-die-usa-und-der-drachenbaer/>.
- 71 G. Gressel (2023). Ukraine's survival: Three scenarios for the war in 2024. ECFR. <https://ecfr.eu/article/ukraines-survival-three-scenarios-for-the-war-in-2024/>.

- 72 Deutsche Welle (2021). ‚Zeitenwende‘ Amid Ukraine War Named German Word of the Year. December 2, 2021. <https://www.dw.com/en/zeitenwende-amid-ukraine-war-named-german-word-of-the-year/a-64041617>.
- 73 EU-Rat (2024). <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2024/06/24/russia-s-war-of-aggression-against-ukraine-comprehensive-eu-s-14th-package-of-sanctions-cracks-down-on-circumvention-and-adopts-energy-measures/>.
- 74 V. Tchakarova (2023). Europe on the Verge: Zeitenwende or 'The World of Yesterday'?
- 75 J. Harper (2023). Military spending boost to give Poland largest army in EU. AA.com.tr. January 30, 2023. <https://www.aa.com.tr/en/economy/military-spending-boost-to-give-poland-largest-army-in-eu/2801841>.
- 76 A. Hübner (2024). Rote Linien oder Unklarheit? Das Ukraine-Playbook von Scholz und Macron. Materie. 8. März 2024. <https://materie.at/a/rote-linien-oder-unklarheit-das-ukraine-playbook-von-scholz-und-macron/>.
- 77 European Commission (2016). Speech by President Jean-Claude Juncker at the Annual General Meeting of the Hellenic Federation of Enterprises (SEV), Athens. https://ec.europa.eu/commission/press-corner/detail/de/SPEECH_16_2293.

- 78 European Commission (2016). Speech by President Jean-Claude Juncker at the Annual General Meeting of the Hellenic Federation of Enterprises (SEV), Athens. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/SPEECH_16_2293.
- 79 N. Tenzer (2023). NATO's Summit Fails Ukraine. July 13, 2023. Retrieved from <https://cepa.org/article/natos-summit-fails-ukraine/>.
- 80 N. Tenzer (2023).
- 81 A. Gray (2024). NATO to plan long-term Ukraine aid, mulls 100-billion euro fund. Reuters. April 3, 2024. [https://www.reuters.com/world/europe/nato-ministers-mull-100-billion-euro-military-fund-ukraine-2024-04-02/#:~:text=BRUSSELS%2C%20April%20%20\(Reuters\),year%20fund%20drew%20mixed%20responses](https://www.reuters.com/world/europe/nato-ministers-mull-100-billion-euro-military-fund-ukraine-2024-04-02/#:~:text=BRUSSELS%2C%20April%20%20(Reuters),year%20fund%20drew%20mixed%20responses).
- 82 ZDF heute (2024). Nato beschließt 40 Milliarden Euro für Ukraine. July 11 2024. <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/nato-gipfel-ukraine-hilfe-trump-100.html>.
- 83 V. Tchakarova (2022). 'Bifurcation of the Global System.' In U. Werther-Pietsch (Ed.), Envisioning Peace in a Time of War. The New School of Multilateralism. (Vienna: Facultas).
- 84 V. Tchakarova (2021). Is a Cold War 2.0 inevitable? ORF Online. April 23, 2021. <https://www.orfonline.org/expert-speak/is-cold-war-2-inevitable/>.
- 85 S. Nadjivan, L. Sustala (2023). United in Pluralism. Liberal Counter Strategies to Putin's Hybrid War Against Europe. Hodun, M., Cappelletti, F. (ed.). Putin's Europe, 15-41. <https://liberalforum.eu/publication/putins-europe/>.

- 86 D. Krasnolutska (2023). New Aid to Ukraine Drops to Lowest Level Since War Began. Bloomberg. December 7, 2023. <https://www.bloomberg.com/news/articles/2023-12-07/new-aid-to-ukraine-drops-to-lowest-level-since-war-began>.
- 87 UKRINFORM (2024). Estonia finds million rounds for Ukraine - defense chief names condition for purchase. April 7, 2024. <https://www.ukrinform.net/rubric-defense/3849486-estonia-finds-million-rounds-for-ukraine-army-defense-chief-names-condition-for-purchase.html>.
- 88 P. Sauer (2024). Ukraine military draft age lowered to boost fighting force. The Guardian. April 3, 2024. <https://www.theguardian.com/world/2024/apr/03/ukraine-military-draft-age-law>.
- 89 A. Gray (2024). EU aims to shift European arms industry to 'war economy mode'. Reuters. March 4, 2024. <https://www.reuters.com/world/europe/eu-aims-shift-european-arms-industry-war-economy-mode-2024-03-04/>.
- 90 G. Häsler (2024). Macron wants to send French ground troops to Ukraine: What to expect if strong words are followed by action. NZZ. April 5, 2024. <https://www.nzz.ch/english/what-would-happen-if-macron-sent-french-troops-to-ukraine-ld.1824711>.
- 91 Ch. Miller et al. (2024). US urged Ukraine to halt strikes on Russian oil refineries. Financial Times. March 22, 2024. <https://www.ft.com/content/98f15b60-bc4d-4d3c-9e57-cbdde122ac0c>.
- 92 Tagesschau (2024). Wenn der US-Kongress nicht hilft, wird die Ukraine verlieren. 8. April, 2024. <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/krieg-ukraine-niederlage-selenskyj-100.html>.

- 93 N. Robertson (2024). Russian military 'almost completely reconstituted,' US official says. DefenseNews. April 3, 2024. <https://www.defensenews.com/pentagon/2024/04/03/russian-military-almost-completely-reconstituted-us-official-says/>.
- 94 EU Council (2024). Timeline – EU restrictive measures against Russia over Ukraine. <https://www.consilium.europa.eu/en/policies/sanctions/restrictive-measures-against-russia-over-ukraine/history-restrictive-measures-against-russia-over-ukraine/>.
- 95 A. Shaw (2023). Russian oil and gas producers see 41% drop in revenue. Offshore Technology. <https://www.offshore-technology.com/news/the-revenue-of-top-russian-oil-and-gas-companies-has-fallen-by-41-this-year/>.
- 96 Bloomberg News (2024). Russia's Revenue Jumps in First Quarter as Oil Prices Rise. April 8, 2024. <https://www.bloomberg.com/news/articles/2024-04-08/russia-s-revenue-jumps-in-first-quarter-amid-rising-oil-prices>.
- 97 Bloomberg News (2024).
- 98 R. Carr, N. Koenig (2024). „Dunkle Wolken und Silberstreifen am Horizont: Eine Nachlese der Münchner Sicherheitskonferenz 2024“. München: Münchner Sicherheitskonferenz, Munich Security Debrief. February 1, 2024. <https://doi.org/10.47342/1XXF9801>.
- 99 J. Angerer (2023). Das Prigoschin-Rätsel bleibt ungelöst. Der Standard, 8. Juli 2023. <https://www.derstandard.at/story/3000000178017/das-prigoschin-r228tsel>.

- 100 M. Vinogradov (2024). What Russia's Reaction to Navalny's Death Reveals. Carnegie Endowment for International Peace. March 6, 2024. <https://carnegieendowment.org/politika/91911>.
- 101 T. Spender (2024). What was in wave of Iranian attacks and how were they thwarted? BBC News. April 15, 2024. <https://www.bbc.com/news/world-middle-east-68811273>.
- 102 T. Balmforth & P. Polityuk (2024). Ukrainian forces try to hold Russians back from stronghold in east. Reuters. April 5, 2024. <https://www.reuters.com/world/europe/ukraine-says-fighting-rages-near-chasiv-yar-denies-russia-reached-suburbs-2024-04-05/>.
- 103 The Brussels Times (2023). EU exports to Russia's neighbours have risen sharply. The Brussels Times. May 15, 2023. <https://www.brusselstimes.com/501353/eu-exports-to-russias-neighbours-have-risen-sharply>.
- 104 N. D. Vivek (2024). The Quad: Can This Democratic Coalition Bolster Global Health Security? The Diplomat. March 2, 2024. <https://thediplomat.com/2024/03/the-quad-can-this-democratic-coalition-bolster-global-health-security/>.
- 105 A. Brinza et al. (2024). EU-China relations: De-risking or de-coupling – the future of the EU strategy towards China. Study requested by the AFET committee. European Parliament. [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2024/754446/EXPO_STU\(2024\)754446_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2024/754446/EXPO_STU(2024)754446_EN.pdf).
- 106 A. Hübner (2024).

- 107 Europäischer Rat (2022). Ein Strategischer Kompass für mehr Sicherheit und Verteidigung der EU im nächsten Jahrzehnt. 21. März 2022. <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/03/21/a-strategic-compass-for-a-stronger-eu-security-and-defence-in-the-next-decade/>.
- 108 BKA (n.y.). Österreichische Sicherheitsstrategie. Weiterentwicklung der Österreichischen Sicherheitsstrategie (ÖSS). <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/themen/sicherheitspolitik/sicherheitsstrategie.html>.
- 109 M. Werner (2024). Warum Österreich immer noch keine neue Sicherheitsstrategie hat. Vorarlberg Online. 26. Februar 2024. <https://www.vol.at/warum-osterreich-immer-noch-keine-neue-sicherheitsstrategie-hat/8589001>.
- 110 J. Gepp (2024). Russisches Gas als Risiko? Österreichs Sicherheitsstrategie scheitert an dieser Frage. Der Standard. 15. April 2024. <https://www.derstandard.at/story/3000000215777/russisches-gas-als-risiko-oesterreichs-sicherheitsstrategie-scheitert-an-dieser-frage?ref=article>.
- 111 M. Hammerl (2024). Warum Österreich immer noch so viel Gas aus Russland bezieht. Kurier. 9. März 2024. <https://kurier.at/politik/inland/gas-russland-omv-97-prozent-gewessler-energieversorger/402812047>.
- 112 F. Schmid & R. Lehberger (2024). Russische Agenten brachen mithilfe eines Ex-BVT-Beamten in Wien bei Journalist ein. Der Standard. 4. April 2024. <https://www.derstandard.at/story/3000000214403/russische-agenten-brachen-mithilfe-eines-ex-bvt-beamten-in-wien-bei-journalist-ein>.

- 113 V. Tchakarova (2021). Is a Cold War 2.0 inevitable?
- 114 V. Friedrich (2022).
- 115 V. Tchakarova (2024). Wie Österreichs neuer Platz in der Welt aussehen könnte. Materie. 15. März, 2024. <https://materie.at/gk/wie-oesterreichs-neuer-platz-in-der-welt-aussehen-koennte/>.
- 116 Univ. Prof. Dr. Martin Senn (2024). Solidarität und Wehrhaftigkeit. <https://afp3.at/dashboard.html>.
- 117 V. Tchakarova (2024). Wie Österreichs neuer Platz in der Welt aussehen könnte.



IMPRESSUM:
NEOS Lab – Das liberale Forum
Am Heumarkt 7/2/1
1030 Wien
Österreich

Druck: Printpool, Stiftgasse 27, 1070 Wien